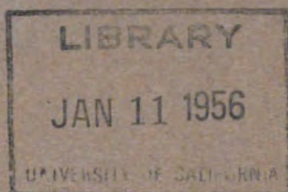


AL
DUPLICATE
OF LIBRARY



Die Kommunistische Internationale

1957 / HEFT 32

BERLIN, DEN 9. AUGUST

30 PFENNIG

WOCHENSCHRIFT

DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

AUS DEM INHALT

1. August / A. Martynow: Die Komintern vor dem Tribunal der Liquidatoren

/ I. D. Levin: Die neue Krise in der englischen Kohlenindustrie

Hermann Remmele: Der Juliaufstand des Wiener Proletariats

Bücher- und Zeitschriftenschau

11120

DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Wochenschrift des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Erscheint gleichzeitig in russischer, französischer, englischer und deutscher Sprache. Für die deutsche Ausgabe verantwortlich PAUL DIETRICH, HAMBURG. Zuschriften an die Redaktion sind an die Adresse des Verlages zu richten.

VIII. Jahrgang 1927

HEFT 32

9. AUGUST

I N H A L T

| | Seite |
|--|-------|
| 4. August | 1537 |
| Martynow: Die Komintern vor dem Tribunal der Liquidatoren | 1542 |
| Levin: Die neue Krise in der englischen Kohlenindustrie | 1557 |
| Remmele: Der Juliaufstand des Wiener Proletariats (Fortsetzung) | 1563 |
| K.S.: Die Entwicklung der Militärfrage und die Stellung des Marxismus— Leninismus (2. Teil) | 1573 |
| Zurück zum 4. August | 1582 |

P R E I S

| | |
|------------------------------------|-----------------|
| Einzelheft | Reichsmark 0,30 |
| Per Kreuzband | 0,40 |
| Postabonnement monatlich | 1,— |
| Per Kreuzband monatlich | 1,25 |
| Postabonnement Quartal | 3,— |
| Ausland: Sowjet-Union | 3 Rubel Quartal |
| Vereinigte Staaten | 2 Dollar |

Bestellungen sind zu richten an unsere Adresse in Hamburg 36 oder an unsere Berliner Zweigstelle, Berlin NW6, Luisenstraße 27-28. Sie werden auch von jeder Buchhandlung und von den Parteikolporteurs entgegengenommen. Einzahlungen sind zu leisten auf unser Postscheck-Konto Berlin 55547.

VERLAG CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY
HAMBURG BERLIN

4. AUGUST

13 Jahre sind vergangen seit dem Tage, an dem der Verrat der Führer der internationalen Sozialdemokratie die Zweite Internationale begrub. 13 Jahre sind vergangen, seitdem das Ereignis eintrat, das allein die Bolschewiki und die wenigen entschiedenen linken Elemente innerhalb der Zweiten Internationale vorausgesehen hatten: der Uebergang der Sozialdemokratie, der Uebergang der „anerkannten“ Führer der Arbeiterklasse in das Lager der Bourgeoisie.

Vor 13 Jahren war es, wo Haase im Namen der stärksten Partei der II. Internationale erklärte: „In der Stunde der Gefahr lassen wir unser Vaterland nicht im Stich.“

Vor 13 Jahren empfangen die Herren Vandervelde und Bertrand als Lohn für ihren Verrat den Titel von Staatsministern. Eine lange Zeit sind diese 13 Jahre, gemessen an dem Elend, das sie über die internationale Arbeiterklasse brachten, aber auch gemessen an dem gewaltigen Aufschwung, den die revolutionäre Bewegung nahm, die das Proletariat in seinem Kampfe um die Macht in den letzten Jahren durchheilt hat.

Die Arbeiter der europäischen Länder sind von der Gefahr bedroht, ihre Erlebnisse von 1914 bis 1918 nur zu leicht und zu rasch zu vergessen und sich der Hoffnung hinzugeben, daß vor ihnen eine lange Zeit friedlicher Entwicklung steht. Die Sozialdemokratie hat alles dazu getan, um diese Illusion zu verstärken, um die Arbeiter mit dem Rufe: „Nie wieder Krieg!“ zu beruhigen und auf Völkerbund und Abrüstungskonferenzen zu vertrösten.

Mehrfach sind die Zeichen, die uns veranlassen, den 4. August in das Gedächtnis der Arbeiter zu rufen. Das letzte Jahr ist ein Jahr voll von Blutvergießen, ein Jahr voll schwerer Opfer gewesen. Die Bourgeoisie hat all ihre Macht konzentriert, um dem machtvollen Aufstieg der chinesischen Revolution ein Ende zu machen. Die Aufstandsbewegung auf Java, in ganz Indonesien wurde mit gewaltiger Anstrengung unterdrückt.

Aber vergeblich waren alle Versuche, die Kampfkraft dieser neuen Truppen der internationalen Armee der Revolution zu brechen. Mögen sie auch für kurze Zeit geschlagen und verraten sein, so sind die Kämpfe doch noch lange nicht zu Ende. Aus dem Aufflackern der Bewegung in Indonesien, aus den Briefen und aus den Taten der chinesischen Revolutionäre spricht der unbezwingbare Wille zum Kampf und zum Sieg.

Allen denkenden Arbeitern ist eines klar geworden: die englische Bourgeoisie bereitet den Klassenkrieg gegen die Sowjetunion vor. Lassen wir uns nicht täuschen von den Versprechungen und von den schönen Theorien, die Otto Bauer und Konsorten zur Entschuldigung des englischen Imperialismus machen. Der englische Imperialismus will den Krieg. Seine Provokationen sind bis heute an dem unerschütterlichen Friedenswillen der Sowjetunion und an den Widersprüchen innerhalb der kapitalistischen Welt gescheitert. Aber die unmittelbare Gefahr des Krieges bleibt immer akut. Die Hetze gegen die Bolschewiki, die Hetze gegen den einzigen Arbeiterstaat

der Welt, wie sie von der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse betrieben wird, ist die höchste Gefahr für das internationale Proletariat.

Das internationale Proletariat soll in seinem Herzen, Sowjetrußland, geschlagen werden. Die Bourgeoisie ist überall daran, das Proletariat wirtschaftlich und politisch zu unterdrücken, um dadurch den Krieg vorzubereiten.

In aller Erinnerung sind die Faschistenmorde in Deutschland und im friedlichen Oesterreich. Nur zu frisch noch ist die Wunde, die die Brutalität der sozialdemokratischen Polizei in Wien der Arbeiterklasse geschlagen hat, im Gedächtnis aller.

Wir Kommunisten wiederholen diese Tatsachen am 4. August nicht, weil wir einstimmen wollen in das utopistische Nie-wieder-Kriegsgeschrei der II. Internationale und der bürgerlichen Pazifisten. Wir rufen alle diese Tatsachen den Arbeitern vor Augen, um ihnen gleichzeitig zu zeigen, daß für uns der Verrat des 4. August einen besonderen Sinn hat.

Daß Kriege kommen, daß Kriege waren und sein werden, solange die kapitalistische Gesellschaftsordnung besteht, ist eine absolute Selbstverständlichkeit. Niemals haben die Bolschewiki auch nur einen Augenblick diese Tatsache zum Gegenstand von Klageliedern gemacht. Immer war die Kriegsgefahr für sie eine nüchterne Tatsache, mit der sie zu rechnen und der sie zu begegnen hatten.

Das Besondere des 4. August ist der Verrat der Zweiten Internationale. Das Besondere des 4. August ist, daß er ein Wendepunkt war in der weiteren Entwicklung des proletarischen Klassenkampfes, der Tag, an dem sich die Geister diesseits und jenseits der Barrikaden schieden. Jeder revolutionäre Sozialist, jeder Proletarier, der im Laufe dieser Jahre zu dem Bewußtsein der unauslöschlichen Schuld der Verräter vom 4. August gekommen ist, hat in sich den festen Willen und die Ueberzeugung, den Kampf gegen eine Wiederholung dieses Verrats mit aller seiner Kraft führen zu müssen.

Und am Jahrestag dieses Verrats müssen wir es wiederholen: nicht allein die Tatsache, daß ein Krieg das Proletariat der ganzen Welt und in erster Linie die proletarische Republik des sozialistischen Aufbaues bedroht, sondern die Tatsache, daß die internationale Arbeiterklasse nicht gerüstet ist für diesen Fall, daß sie von neuem vom Verrat der Führer der reformistischen Gewerkschaften und der Sozialdemokratie bedroht ist, — diese Tatsache ist es, die unsere größte Aktivität erfordert. Die Sozialdemokratie bereitet mit vollem Bewußtsein einen neuen 4. August vor. Die Kommunistische Internationale muß mit aller ihrer Kraft gegen diese Vorbereitung, gegen diesen neuen Verrat kämpfen.

In der letzten Zeit können wir in der sozialdemokratischen Presse der ganzen Welt immer wieder folgende Ausführungen lesen: die Bolschewiki betreiben eine dumme verbrecherische Politik. Sie wissen ganz genau, daß England gegen sie den Krieg vorbereitet und daß die Mißstimmung gegen die Sowjets wächst. Die Bolschewiki wissen ferner genau, daß als einziger Verbündeter zur Verhinderung eines Krieges für sie die internationale Arbeiterklasse in Betracht kommt. Warum führen sie also ihren spalterischen, zersetzenden Kampf gegen die „anerkannten Führer der internationalen Arbeiterbewegung“, warum unterstützen sie die kommunistische Bewegung, die die Arbeiterbewegung in den einzelnen Ländern schwächt usw.?

Offenherzige Sozialdemokraten gehen sogar so weit, daß sie ganz geradehin sagen: liquidiert die Komintern und alles wird gut sein.

Eine feine Argumentation! Wenn wir einen Augenblick lang anerkennen wollten, daß Sein oder Nichtsein der Sowjetrepubliken abhängt von dem guten Willen der Herren aus der Zweiten Internationale, dann müßten wir freilich geradezu annehmen, daß keinerlei Hilfe, keinerlei Unterstützung im Falle eines Krieges für die Sowjetunion zu erwarten ist.

Aus der diplomatischen Sprache der sozialdemokratischen Führer in die Sprache des Alltags übertragen, sagen ihre Argumente folgendes: Helft uns in die Ministersessel, gebt unsere Stimmen bei den Wahlen, dann wird der Friede gesichert sein. Wir verstehen diese zartfühlenden Vorschläge sehr gut. Scheidemann und Wels, Renner und Adler, Macdonald und Henderson, Blum und Renaudel haben selbstverständlich niemals etwas dagegen, für ihre persönlichen Ziele kommunistische Stimmen, kommunistische Organisationen auszunützen.

Aber wir wissen ja, was sie mit den Stimmen, was sie mit den Ministersesseln anfangen. Wir können uns genau vorstellen, wie ihre Freundschaft für die Sowjetunion, wie ihre Freundschaft für den Frieden aussehen wird. Genau so wie in der Note Macdonalds über den Sinowjew-Brief, jener Note, die in gerader Linie ein Vorläufer der Provokationsnote Chamberlains ist.

Und wir haben schließlich vor Augen ein Beispiel, wie die Musterpartei der II. Internationale, die österreichische Sozialdemokratie, sich in dem Augenblick verhält, in dem die Massen auf die Straße gehen. Sie versteckt sich hinter der Polizei, sie läßt in die Arbeiter hineinschießen und verrät den Kampf, verrät die Interessen der Arbeiterschaft.

Die österreichische Sozialdemokratie ist immer stolz darauf gewesen, daß sie der Zufall des parlamentarischen Mechanismus davor bewahrte, für die Kriegskredite zu stimmen. Sie hat formell den 4. August nur in Zeitungsartikeln gefeiert; sie hat das österreichische Proletariat immer darüber hinwegzutäuschen versucht, daß sie auch Anteil hat an dem Verrat von 1914.

Aber die Juli-Tage von 1927, der privilegierte Arbeitermord in den Straßen Wiens und der feige Rückzug der Sozialdemokratie ist ein ebenso schlimmer Verrat wie der 4. August. Genau so wie damals die deutsche, ließ hier die österreichische Sozialdemokratie in der Stunde der Gefahr ihre Bourgeoisie nicht im Stich und organisierte Hilfstruppen gegen die kämpfenden Arbeiter.

Das ist das Bild der linken Sozialdemokratie. Wir wollen hier nicht wiederholen, was wir im Laufe der letzten Jahre immer wieder feststellen konnten: seit 1924 schämt sich die Sozialdemokratie nicht einmal mehr des 4. August, sondern sie rühmt sich dessen. Julius Deutsch, Renaudel, Hermann Müller — sie alle, um nur einige wenige zu nennen, sind einer Meinung, daß man das Vaterland im Falle eines Krieges verteidigen muß.

„Die Erfahrungen des Weltkrieges haben gezeigt, wie schwer es für die proletarischen Parteien ist, in der Schicksalsstunde des Krieges sich dem eigenen Lande zu versagen. Nun denke man daran, daß künftighin die Arbeiterparteien (?) eine noch weit größere Verantwortung zu tragen haben werden, als zu der Zeit, da der Weltkrieg ausbrach. Die Arbeiterparteien sind in den meisten Ländern mächtig gewachsen, sind zu erhöhtem

Einfluß, da und dort bereits zur Regierung gelangt. Sie werden, dessen sind wir gewiß, überall ihren Einfluß in die Wagschale werfen, um eine kriegerische Austragung vor-handener Gegensätze hintanzuhalten (?). Wenn aber trotzdem ein Krieg ausbricht, werden die Arbeiterparteien, eben weil sie zu bedeutenden Machtfaktoren im Staate herangewachsen sind, noch schwerer als zur Zeit des Ausbruches des Weltkrieges ihrem Lande ein starres Nein entgegenzusetzen können." (Julius Deutsch, „Wehrmacht und Sozialdemokratie“, Seite 106.)

Ein „starres Nein“ ist also für den Herrn Kriegsminister a. D. unmöglich. Und diese Sozialdemokraten verlangen, daß die Sowjetunion, daß die Bolschewiki ihre einzige Hoffnung darauf bauen, daß diese Leute, die fest entschlossen sind, im Falle eines Krieges das bürgerliche Vaterland zu verteidigen, in die Regierung kommen.

Die Sozialdemokraten irren, wenn sie glauben, daß wir sie auch nur einen Augenblick lang verwechseln mit der internationalen Arbeiterklasse. Wir wissen, daß das Proletariat nicht Krieg will, sondern Frieden. Wir Kommunisten wissen, daß heute noch große Teile der internationalen Arbeiterklasse hinter der Sozialdemokratie marschieren.

Aber weil wir wissen, daß die Sozialdemokraten an einem neuen 4. August genau so verraten werden wie 1914, werden wir keinen Augenblick ruhen noch rasten in unserem unermüdlichen, unerbittlichen Kampf gegen diese Verräter.

Der Schwindel, den die Sozialdemokraten jetzt versuchen, ist zu durchsichtig. Sie bieten sich als Verbündete an, sie erklären heuchlerisch, Freunde des russischen Proletariats zu sein und säen gleichzeitig Haß und Mißtrauen.

Die Lumperei der verräterischen österreichischen Sozialdemokratie haben ihre Nachbarn mit einem Geschrei gegen die Kommunisten zu verdecken gesucht. „Schmach und Schande über Moskau“, „Ewige Verachtung für die Bolschewiki“, „Bolschewistische Leichenfledderer“, „Moskauer Aasgeier“ — das sind nur einige von den wenigen Titeln und Schlagzeilen, mit denen ein paar hysterische Redakteure sozialdemokratischer Zeitungen den Verrat ihrer Wiener Freunde zu decken versuchen. Sie sind kennzeichnend.

Nicht der Haß gegen die Kapitalisten, sondern der Haß gegen Moskau wird von den Sozialdemokraten gesät. Nicht der Kampf gegen die Bourgeoisie, gegen den Faschismus, gegen den Imperialismus, sondern die Hetze gegen die Sowjetunion, die Verteidigung der Weißgardisten, der menschestischen Konterrevolutionäre und der Attentäter im englischen Sold sind heute Hauptziele der Sozialdemokratie.

Das zeigt, wohin die Reise geht. Wir werden nicht überrascht sein, wenn das alles die Sozialdemokraten nicht abhalten wird, mit großen Leitartikelphrasen den Jahrestag ihres Verrats zu begehen. Otto Bauer und seine Freunde lassen ja solche Gelegenheiten selten vorbeigehen.

Für uns Kommunisten ist der Weg klar vorgezeichnet. Gegen die Entwaffner des Proletariats, gegen die „pazifistisch“ maskierten Sozialpatrioten müssen wir in erster Linie kämpfen, um die Reihen des Proletariats im Kampfe gegen den Krieg zu stärken. Jeder Arbeiter, jeder Sozialdemokrat, der mit seinen Führern bricht und dieses Stück Wegs mit uns zusammengeht, ist uns willkommen in diesem Kampf. Aber die Führer der zweiten Internationale werden niemals erreichen, daß wir unseren Kampf gegen sie abschwächen.

Der 4. August ist die Erinnerung an die tiefste Erniedrigung des internationalen Proletariats durch seine verräterischen Führer. Diese Erinnerung, diese Empörung müssen wir wachhalten und wachrufen, wenn unser Kampf gegen die Kriegsgefahr praktisch und wirksam sein soll.

Die Kommunistische Internationale hat, den Weisungen Lenins getreu, allen Kommunisten praktische Aufgaben gestellt im Kampf gegen die Kriegsgefahr. Am 4. August soll jeder Kommunist seine Arbeit und die Arbeit seiner Partei prüfen, inwieweit die Forderungen und die Aufgaben schon erfüllt sind. Wir werden sehen, daß vor uns noch eine gewaltige Arbeit steht.

Jeder Optimismus, jede unbegründete Hoffnung darauf, daß automatisch die internationale Arbeiterklasse aufstehen könnte gegen den neuen Krieg, ist gefährlich. Der instinktive Widerwille der Arbeiterklasse gegen den Krieg kann nur zum Ausdruck kommen, wenn wir Kommunisten ihn zu organisieren und zu erfassen verstehen. Deshalb ist es an uns, den Kampf gegen die pazifistischen Illusionen und gegen die Verräter des 4. August gerade jetzt mit aller Schärfe zu führen.

Aber wir haben Vertrauen zu unserer Kraft und unserer Entschlossenheit. Wir haben Vertrauen zur revolutionären Arbeiterklasse, wir haben Vertrauen zur Avantgarde des Weltproletariats, die in 13 Jahren nicht vergessen hat, die gelernt hat, die durch die Schule Lenins gegangen ist.

Aus dem Bankrott der II. Internationale wurde geboren die Weltpartei unter Lenins Führung, die nach unsäglichen Schwierigkeiten und schweren inneren Kämpfen heute die einzige Macht darstellt, die die Kriegsgefahr bekämpfen kann. Dessen müssen sich alle Kommunisten bewußt sein.

Der Verrat, den die Reformisten und die II. Internationale für den kommenden Krieg vorbereiten, ist ein viel schlimmerer, viel unerhörterer Verrat: es ist der Verrat der eigenen Klasse im Kriege, in dem die Klassenfronten unverhüllt einander gegenüberstehen. Klassenverrat und Klassenkrieg — das ist es, was die II. Internationale ideologisch vorbereitet. Nur unsere Arbeit kann das internationale Proletariat vor dieser schmachlichsten aller Niederlagen bewahren. An uns Kommunisten ist es, die Mehrheit der Werktätigen auf unsere Seite zu ziehen, da jeder unbewußte Arbeiter, der blindlings den Reformisten folgt, morgen auf der anderen Seite der Barrikade stehen kann. An uns ist es, die Arbeiter von diesen Hochverrättern in ihrer Klasse zu trennen.

A. MARTYNOW:
DIE KOMINTERN VOR DEM TRIBUNAL DER
LIQUIDATOREN

Die Niederlagen der chinesischen Revolution haben unsere Opposition kühn gemacht. Als Genosse Radek im April 1926 die der chinesischen Revolution drohende Gefahr „signalisierte“ (vier Monate, nachdem die Komintern das bereits getan hatte), war sein Verhalten noch sehr bescheiden, man könnte sogar sagen, schüchtern. Er betonte, daß er nicht als Oppositioneller auf-trete, sondern als „Chinakenner“, daß er sich nicht gegen die Komintern und nicht gegen die Resolution des 7. Plenums wende, sondern nur gegen die Vollstrecker und Interpreten dieser Resolution des EKKI. Jetzt, nach einer Reihe von Niederlagen der chinesischen Revolution, glaubt Genosse Radek gewonnenes Spiel zu haben und tritt als grimmiger Ankläger bereits gegen die Komintern selbst und gegen das ZK der KPSU auf, die systematisch die KP Chinas verführt und sie dazu gebracht haben sollen, sich das „Rück-grat zu brechen“. Radek schreibt:

„Seit März 1926 führte die Komintern in Wirklichkeit eine menschowistische Politik . . . Die Niederlage der chinesischen Revolution ist nicht das Resultat einer schlechten Durchführung der Linie der Komintern durch die Vertreter der Komintern, sondern das Resultat der von Grund auf falschen Linie derselben . . . Man kann nicht von der Führung einer jungen Partei, die erst seit sechs Jahren besteht, erst aus dem studentischen Zirkel hervorgegangen ist, verlangen, daß sie auf der Höhe sei . . . Die Leitung der KP Chinas ist mehr Opfer als Schuldige . . . Die KP Chinas stand auf dem Boden der Beschlüsse der Komintern und ordnete sich den Beschlüssen der Kom-intern unter, obwohl sie sich vollkommen darüber im klaren war, was die Umwälzung Tschang Kai-scheks (vom 20. März 1926) bedeutete . . . Nachdem die KP Chinas im Einverständnis mit der Komintern beschlossen hatte, sich der Kuomintang unter-zuordnen, fing sie an, mit dem Proletariat die triviale Sprache des Menschewismus zu reden.“

Wir hören also hier zum ersten Male von Genossen Radek, daß die Kom-intern bereits seit dem Frühjahr 1926 (seit der Zeit, wo Genosse Sinowjew von der Führung zurücktrat) eine „menschowistische Linie“ eingeschlagen habe, daß die opportunistischen Fehler des Zentralkomitees der KP Chinas das Resultat jener Kapitulation vor der konterrevolutionären Bourgeoisie waren, die der KP Chinas von der Komintern und dem ZK der KPSU nach dem Märzumsturz gewaltsam aufgezwungen worden sei. Diese Beschuldigung ist eine unerhörte Dreistigkeit im Munde eines Mitgliedes der Kom-munistischen Partei. Wir sind aber bereits daran gewöhnt, daß die Genossen der Opposition mit der Komintern und dem ZK der KPSU die Sprache ihrer offenen Feinde sprechen, und werden deshalb die historischen Unter-suchungen des Genossen Radek mit vollkommener Ruhe und Kaltblütigkeit betrachten.

Der Ausgangspunkt der neuesten historischen Untersuchungen des Ge-nossen Radek ist der Umsturz Tschang Kai-scheks vom März 1926, nach dem das Zentralkomitee der Kuomintang am 15. Mai unter dem Druck des Generals Tschang Kai-schek seine acht Vorschläge angenommen hatte. Der

erste Vorschlag verbietet es, „den verstorbenen Präsidenten Sun Yat-sen zu kritisieren und dadurch Zweifel in die Reihen der Kuomintang zu tragen“; der zweite fordert von den zur Kuomintang gehörenden Mitgliedern „anderer Parteien“ — darunter wird natürlich die Kommunistische Partei verstanden — die Registrierung beim Vorsitzenden des ZK der Kuomintang; der dritte Vorschlag fordert, daß nur Nichtkommunisten zu Leitern der zentralen Abteilungen der Kuomintang usw. gewählt werden. Gleichzeitig damit begann auf Initiative Tschang Kai-scheks der Feldzug gegen die Arbeiter- und Bauernorganisationen, der durch gleichzeitige Maßnahmen gegen die rechten Mitglieder der Kuomintang lediglich maskiert wurde.

Das war die Lage in Kanton im März und Mai 1926 vor dem Beginn der Nordexpedition. Wie mußte man, nach der Auffassung Radeks, auf diese Ereignisse reagieren und wie hat die Komintern darauf reagiert? Genosse Radek, der unlängst von der ihm zugeschriebenen Auffassung, daß man aus der Kuomintang austreten müsse, abgerückt ist, erklärt jetzt bei der Darlegung der Geschichte des Märzumsturzes Tschang Kai-scheks folgendes:

„Es kam der Moment, wo ein Beschluß gefaßt werden mußte: sollte die KP in der Kuomintang bleiben und sich den Repräsentanten der Großbourgeoisie unterordnen, die von der Partei den Verzicht auf eine selbständige Politik forderten und versuchten, sie in ein Werkzeug der bürgerlichen Politik zu verwandeln, oder sollte sie aus der Kuomintang austreten und versuchen, durch die Verteidigung der Interessen nicht nur der Arbeiter, sondern auch der Bauernschaft und der Kleinbourgeoisie sich ihr Vertrauen zu erobern, sie dem Einfluß der Großbourgeoisie zu entreißen. In diesem Fall müßte man die Kuomintang spalten und einen Block mit ihrem linken Kern bilden, einen Block zweier selbständiger Parteien zur Erreichung gemeinsamer Ziele.“

Nach der Auffassung des Genossen Radek waren in jenem Moment also nur zwei Entschlüsse möglich: entweder Kapitulation oder Austritt aus der Kuomintang, Spaltung der Kuomintang und gleichzeitige Bildung eines Blockes zweier selbständiger Parteien: der Kommunistischen Partei Chinas und des linken Flügels, ohne die Zentristen und gegen sie. Genosse Radek ist natürlich für den zweiten Entschluß. Wozu hätte ein solcher Entschluß geführt? Zu dem, was die rechte Kuomintang damals schon erreichen wollte, nämlich — zur Stärkung des Bündnisses zwischen der rechten Kuomintang und den Zentristen. Das würde dazu geführt haben, daß durch unsere eigenen Anstrengungen der konterrevolutionäre Plan verwirklicht worden wäre, den Tschang Kai-schek ein Jahr später, im April 1927, durchführte, als die linke Kuomintang noch keinen festen Kontakt mit den Massen hatte und deshalb keine reale Kraft war. Das hätte die Nordexpedition unmöglich gemacht, die trotz der napoleonischen Phantasien Tschang Kai-scheks objektiv eine gewaltige Rolle gespielt hat, wie das ja Radek selbst zugehen mußte. Die Komintern hat natürlich anders auf diese Ereignisse reagiert. Die Komintern fiel nicht in Panik aus Anlaß der Umwälzung Tschang Kai-scheks. Die Komintern bestritt, daß die KP Chinas vor der Alternative stehe: Kapitulation oder Austritt aus der Kuomintang. Die Komintern faßte im Mai folgende Resolution: 1. Kampf gegen die rechte Kuomintang; 2. Aufrechterhaltung der früheren Beziehungen zwischen der Kuomintang und der KP Chinas; 3. Konzessionen an Tschang Kai-schek nur in Personalfragen. Das Ziel dieser Resolution bestand darin, das Bündnis zwischen den Zentristen und dem linken Flügel wieder herzustellen, die Zentristen vom rechten Flügel loszureißen und ihnen Zugeständnisse nicht prin-

zipieller Art zu machen. Der Sinn dieser Resolution war klar: keine Kapitulation, sondern Antritt des Rückzugs, um nachher um so weiter zu springen. Der von der Komintern ausgearbeitete Plan erforderte eine außerordentlich elastische Taktik. Die junge KP Chinas verstand es nicht, eine solche elastische Taktik durchzuführen; deshalb wurden bei der Durchführung dieses Planes große Fehler begangen, trotzdem aber dieses Manöver letzten Endes doch durchgeführt.

Die Schwierigkeit der Durchführung des Plans der Komintern bestand darin, daß die lokalen Organisationen der KP Chinas an einer linken Abweichung krankten, während das ZK der KP Chinas an einer rechten Abweichung krankte, wobei diese beiden Abweichungen von der richtigen leninistischen Linie der KI, wie das auch zu erwarten war, sich in gleicher Weise objektiv als opportunistisch herausstellten. Das kommunistische Parteikomitee der chinesischen Nordprovinzen formulierte in diesem Moment die Aufgabe wie folgt:

„Jetzt ist die Zeit gekommen, wo die Kleinbourgeoisie im allgemeinen nach einer bestimmten Periode der Führung durch unsere Partei schon imstande ist, selbständig zu handeln (!?); deshalb brauchen wir jetzt die Organisation der Kuomintang nicht zu erweitern und dürfen uns selber nicht mit der Arbeit im Apparat der Kuomintang abgeben. Wir dürfen nicht alle revolutionären Elemente in der Kuomintang konzentrieren. Um so weniger dürfen wir davon träumen, in der Kuomintang eine rein linke Ideologie zu bilden.“

Es bedarf keiner Erklärung darüber, daß sich hinter den linken boykottistischen Phrasen der Verzicht auf die Hegemonie des Proletariats in der Bewegung der Kleinbourgeoisie verbarg.

Einen anderen Standpunkt nahm in diesem Moment das ZK der KP Chinas ein. Um gegen Tschang Kai-schek zu manövrieren, erließ das ZK einen Aufruf, in dem es versuchte, die Bourgeoisie zu überzeugen, daß ein „Minimum an Klassenkampf, das in der Organisation der Arbeiter und in den Streiks zu Tage tritt, keineswegs die Kampffähigkeit der antiimperialistischen oder antimilitaristischen Kräfte verringert“, daß „dies kein Bolschewismus ist, vielleicht konnte man das als Bolschewismus bezeichnen, dann aber als Bolschewismus im Namen des Volkes und nicht im Namen des Kommunismus“.

Im gleichen opportunistischen Geiste äußerte sich der Sekretär des ZK, Genosse Tscheng Du-hsju, am 4. April 1926 in seinem „Offenen Brief“ an Tschang Kai-schek. Genosse Radek, der diese opportunistischen Ausführungen zitiert, macht die Komintern dafür verantwortlich. Denn diese Ausführungen sollen nach Radek mit Wissen der Vertreter der Komintern in China gemacht worden sein. In Wirklichkeit aber ist die Komintern für sie viel weniger verantwortlich, als für die Kapitulation des Genossen Radek in Deutschland im Jahre 1923. Der Standpunkt der Komintern und des ZK der KPSU ist in der Mai-Resolution genau formuliert worden. In ihr heißt es, daß die Beziehungen zwischen der KP Chinas und der Kuomintang die alten bleiben müssen, daß Konzessionen nur in Personalfragen zulässig sind. Diese Resolution besagte, daß die Kommunisten diese oder jene Posten verlassen dürfen, daß aber der Verzicht auf die eigene politische Selbständigkeit, die Verbergung des eigenen kommunistischen Antlitzes absolut unzulässig ist.

In einer Beziehung hat Radek recht: man konnte von der Führung einer jungen Partei, die im ganzen sechs Jahre lang besteht... nicht fordern,

daß sie im kritischen Moment auf der Höhe sei. Als Tschang Kai-schek unerwartet die Offensive ergriff, war die KP Chinas zu schwach, um sie abzuwehren. Das ZK der KP Chinas und ihre lokalen Organisationen verloren den Kopf und machten Fehler, aber letzten Endes richtete diese junge Partei ihre Linie aus und führte jenes Rückzugsmanöver durch, um sich zu neuen Kämpfen vorzubereiten, ein Manöver, das ihr von der Komintern empfohlen worden war. Die Kommunisten, die gezwungen waren, die führenden Posten der Kuomintang zu verlassen, brachen nicht mit der Kuomintang und verzehnfachten unter dem Deckmantel der Kuomintang und bei den günstigen Verhältnissen der Nordexpedition ihre Arbeit unter den Massen, was bereits im Sommer 1926 zu einer Aenderung der öffentlichen Meinung führte. Die chinesischen Kommunisten banden sich nicht nur nicht durch die acht Punkte, die dem Mai-Plenum der Kuomintang von Tschang Kai-schek diktiert wurden, sondern erklärten im Gegenteil offen, daß sie in noch größerem Maße als bisher ihre politische Selbständigkeit verteidigen werden. Das Plenum des ZK der KP Chinas nahm am 14. Juli 1926 eine Resolution an, in der es klar und deutlich sagte:

„Unsere Partei muß noch viel schärfer ihre Selbständigkeit in politischer Beziehung herausarbeiten und sich dabei auf die Kräfte der Arbeiterklasse und der Mehrheit der Bauern stützen. Sie muß sich politischen Einfluß auf die revolutionären Volksmassen erobern; sie muß ferner die revolutionären Strömungen der Kleinbourgeoisie organisieren, muß sie in der Kuomintang zusammenfassen, dadurch die Reihen des linken Flügels der Kuomintang ergänzen und den Einfluß der revolutionären Kräfte des Proletariats und der Bauernschaft auf die Kuomintang verstärken: auf diese Weise schließen wir ein starkes Bündnis mit dem linken Flügel der Kuomintang, um gegen die Bourgeoisie den Kampf aufzunehmen um die Führung der nationalen Bewegung; durch diese Methode können wir die Eroberung der Führung der nationalen Revolution durch die Partei des Proletariats sicherstellen. Unsere Politik in der Kuomintang muß deshalb zur Zeit in der Erweiterung des linken Flügels, im engsten Bündnis mit dem linken Flügel zwecks gemeinsamen Manövrierens gegen die Zentristen und in der Aufnahme des offenen Kampfes gegen die Rechten bestehen... Unsere Partei muß die Kanton-Regierung und das ZK der Kuomintang im Kampfe gegen die konterrevolutionären Kräfte innerhalb und außerhalb Kwangtungs in jeder Weise unterstützen; gleichzeitig aber müssen wir unsere selbständige Politik der Verteidigung der Interessen der Arbeitermassen betreiben und sie zur grundlegenden Bedingung für die Unterstützung Tschang Kai-scheks machen.“

Am 4. Juli schrieb Genosse Tschen Du-hsju, worauf wir bereits hingewiesen haben, einen opportunistischen „Offenen Brief“ an Tschang Kai-schek. Einen Monat darauf veröffentlichte derselbe Tschen Du-hsju in der Wochenschrift der Partei „Guide Weekly“ einen Artikel, in dem er vor der Gefahr warnt, die der Provinz Kwangtung von der inneren Konterrevolution droht, und auf die Offensive hinweist, die dort gegen die Bauern geführt wird. Der Losung des „inneren Friedens“, die Tschang Kai-schek aufstellte und die ein Deckmantel war für die Reaktion, die nach dem 20. März das Haupt erhoben hatte, wurde in dem Artikel die Losung der „Verteidigung der Errungenschaften der Revolution“ gegenübergestellt, die Losung des Kampfes für die Liquidierung der Folgen des „20. März“. Dieser Artikel, der unter den Massen verbreitet wurde, rief den Protest der führenden zentristischen Kuomintanggruppe, der Militärschule Wampu hervor, die vom ZK der Kuomintang die Verurteilung dieses Artikels forderte; aber der Protest der Spitzen der Wampu-Schule endete mit einer Blamage. Die Mehrheit der Studenten der Militärschule, deren Kommandant Tschang Kai-schek war, gruppierte sich

im Laufe des letzten Monats bereits um die linken Kuomintangmitglieder und die Kommunisten. In der Schule ging ein offener Kampf vor sich, es bildete sich eine scharfe Opposition gegen Tschang Kai-schek heraus, die darin zum Ausdruck kam, daß eine allgemeine Versammlung von 3000 Studenten in einer Resolution die Rückkehr Wan Tin-weis forderte. Diese Tatsache, ebenso wie andere Tatsachen, wie z. B. die Verhaftung von Arbeitern durch Tschen-schen, der von Tschang Kai-schek protegiert wurde, bewiesen, daß die Taktik, die das ZK der KPSU und die Komintern empfahlen, nicht zur Kapitulation von Tschang Kai-schek und der Bourgeoisie führte, wie Genosse Radek behauptet, sondern zur Zusammenschweißung der revolutionären Kräfte im Kampfe gegen Tschang Kai-schek.

Ein weiteres Moment, das Genosse Radek in seinen historischen, richtiger gesagt, verleumderischen Untersuchungen behandelt, ist das kritische Moment des Umschlagens der chinesischen Revolution in eine Agrarrevolution, ist das Moment des Ueberganges von der zweiten zur dritten Phase, von einem Vierklassenblock zu einem Dreiklassenblock, das auf die Verschärfung des Klassenkampfes in den Städten und insbesondere auf dem Lande im Herbst 1926 zurückzuführen war. Das Verhältnis der Komintern zu dieser Uebergangszeit fand ihren Ausdruck in dem Referat des Genossen Bucharin auf der 15. Reichskonferenz der KPSU, in seinem Referat auf dem 7. Plenum des EKKI, in der Resolution des 7. Plenums des EKKI zur chinesischen Frage und schließlich im Referat des Genossen Bucharin in der Versammlung der Funktionäre des Moskauer Parteikomitees am 4. April. Indem Genosse Radek von diesen konsequenten Kundgebungen des Genossen Bucharin spricht, beschuldigt er ihn, daß er zwei verschiedene „Theorien der chinesischen Revolution“ geschaffen habe, eine „ohne Feudalismus“ auf der 15. Reichskonferenz der KPSU und auf dem 7. Plenum des EKKI und eine zweite Theorie „mit Feudalismus“ in dem Referat in der Versammlung der Moskauer Funktionäre vom April.

„Bucharin — sagt Radek — der als einziger geistiger Führer der Komintern noch belassen worden ist, hat auf Grund von fragmentarischen Tatsachen in aller Eile eine Reihe von Theorien zusammengebraut, die untereinander nur durch einen Wunsch zusammenhängen: die gewaltige und drohende Wirklichkeit nicht sehen wollen, um nicht gezwungen zu sein, revolutionäre Schlußfolgerungen zu ziehen.“

Genosse Radek spricht in seinem Artikel von Genossen Bucharin in einem unerhörten Ton und bezeichnet dessen Standpunkt als einen „kadettischen“. Wir aber wollen versuchen, Radeks Argumente kaltblütig zu analysieren unter Ignorierung des Geschimpfes dieses wildgewordenen Oppositionellen.

Ist es wahr, daß Genosse Bucharin von dem Wunsch durchdrungen war, die gewaltige und drohende Wirklichkeit in China nicht zu sehen? Hat er doch sowohl auf der 15. Reichskonferenz der KPSU, als auch auf dem 7. Plenum des EKKI darauf hingewiesen, daß die chinesische Revolution auf gewaltige Schwierigkeiten stößt, denen gefährliche Krisen zu folgen drohen:

„Die Bauernschaft ist die erdrückende, gewaltige Mehrheit der Bevölkerung, und ihr Gewicht in der Entwicklung der chinesischen Revolution wird zweifelsohne von Tag zu Tag größer werden. Das Bauernproblem ist vielleicht das zentrale Problem der gesamten chinesischen Revolution . . . Deshalb müssen die Agrarreformen in den von den revolutionären Truppen besetzten Gebieten, ebenso die Organisierung der Bauernschaft in den anderen Gebieten, die Aufstellung und Unterstützung der Bauernforderungen, der wichtigste Bestandteil der revolutionären Politik in China

sein. Die gewaltige Schwierigkeit besteht darin, daß die Schichten der kleinen und mittleren Grundbesitzer und reichen Bauern durch das Kreditwesen mit dem Handelskapital verbunden sind, und daß eine Erschütterung der Agrarordnung unmittelbar auf die Schwankungen jenes Teiles der Bourgeoisie ihre Rückwirkung haben wird, der der national-revolutionären Einheitsfront angehört" . . . „Das ist die Kette. Man rühre nur an diese Kette, man fange nur an, an dem Bodenbesitz zu rütteln und sofort wird von dort eine Welle zu den Handels- und Industriekreisen übergehen. . . . Darin besteht die Hauptschwierigkeit der jetzigen Lage in China, darin besteht auch das Hauptproblem der chinesischen Revolution, wie es sich mir jetzt darstellt.“

Aus diesen Worten ergibt sich klar, daß Genosse Bucharin bereits im Oktober v. J. die Möglichkeit jener Krisen der chinesischen Revolution vorausgesehen hat, deren Zeugen wir in den letzten Monaten waren; daraus ergibt sich, daß er sich vollkommen klar war über die „gewaltige und drohende Wirklichkeit“ der chinesischen Revolution, über den Grundwiderspruch des jetzigen Uebergangs, der zu gewaltigen Niederlagen führen konnte und geführt hat. Genosse Bucharin hat bereits im Herbst v. J. richtig definiert, worin die Hauptschwierigkeit des Problems in der jetzigen Phase der chinesischen Revolution besteht — nämlich in der Verbindung der Notwendigkeit der Entfaltung der Bauernbewegung mit der Notwendigkeit, die Kräfte der antiimperialistischen Front in China nicht zu erschüttern.

Also fällt diese Beschuldigung vollkommen fort. Aber Genosse Radek erhebt im Zusammenhang mit dieser Frage andere Beschuldigungen, die für einen naiven Leser überzeugender scheinen können. Es sind folgende Beschuldigungen: Genosse Bucharin sei bei der Lösung der Agrarfrage in China mit einer gewissen Aengstlichkeit vorgegangen; er habe bis zum 7. Plenum des EKKI und auf dem 7. Plenum nur von der Agrar r e f o r m gesprochen und erst nach dem Plenum angefangen, von der Agrar r e v o l u t i o n zu reden; er habe bis zum 7. Plenum unter Hervorhebung der ausbeuterischen Rolle des Imperialismus viel weniger kategorisch und viel weniger überzeugt das spezifische Gewicht und die Unterdrückerrolle des Feudalismus in China hervorgehoben, als nach dem Plenum. Daraus zieht Radek den Schluß, daß bei Genossen Bucharin zwei g e g e n s ä t z l i c h e „Theorien der chinesischen Revolution“ vorhanden waren; daß er bei der Aufstellung dieser Theorien sich in beiden Fällen fürchtete, offen der drohenden Wirklichkeit in die Augen zu schauen, „um keine revolutionären Schlußfolgerungen ziehen zu müssen“. Diese Anklage gegen den Genossen Bucharin erküht sich Radek zu erheben, dieser „Held“ des deutschen Oktobers, der im Jahre 1923 auf einem Kampfposten eine Kapitulation sozialdemokratischen Charakters in einem gefährlichen Moment der deutschen Revolution vollzog, jetzt aber ein passiver „Beobachter“, „China-kenner“ geworden ist und sich mit linken Phrasen über die chinesische Revolution aus der Affäre zieht.

Vor allen Dingen müssen wir feststellen, daß Genosse Radek die Geschichte fälscht. Die chinesische Frage ist in ihrem ganzen Umfange zum ersten Male auf dem 7. Plenum des EKKI gestellt worden. Bereits in seinem Referat auf diesem Plenum entwickelte Genosse Bucharin in den Grundzügen die „Theorie der chinesischen Revolution mit Feudalismus“. Er sagte in diesem Referat noch lange vor den Oppositionellen:

„Das Gewicht der Bauernschaft in der chinesischen Revolution wird zweifellos von

Tag zu Tag größer werden. Das Bauernproblem ist also das zentrale Problem der gesamten chinesischen Revolution.“

Indem er dann Ziffern über die Verteilung des Bodens in China nennt, stellt er fest, daß dort

„Großgrundbesitz vorhanden ist, als Ueberbleibsel der früheren feudal-gutsherrlichen und Beamtenbürokratie sowie auch der jetzigen Generale, die ebenso ziemlich bedeutenden Bodenbesitz in ihren Händen haben“;

er hebt hervor, daß auch der geringere Bodenbesitz in China ebenfalls einen feudalen Charakter trägt, weil dort eine außerordentlich intensive Landwirtschaft betrieben wird. Weiter spricht er von der ungeheuerlichen Besteuerung der Bauernschaft und dem durch die Pachtbedingungen auf der Bauernschaft lastenden Druck. Er kommt zu dem Schluß:

„Also, die Bauernfrage ist hier unvermeidlich verknüpft mit der Agrarfrage.“

Entsprechend dieser „Theorie der chinesischen Revolution mit Feudalismus“ wird bereits in der Resolution des 7. Plenums des EKKI von der **A g r a r r e v o l u t i o n** als von dem Hauptproblem der chinesischen Revolution gesprochen.

Die Bucharinsche „Theorie der chinesischen Revolution mit Feudalismus“ ist eine Begründung der bäuerlichen Bewegung, die in die Agrarrevolution umschlägt. Sie lieferte die theoretische Begründung und Vertiefung der chinesischen Revolution. Im Zerrspiegel des Genossen Radek erhalten wir ein ganz verkehrtes Bild. Genosse Radek behauptet, daß Genosse Bucharin bei der Aufstellung der These vom Feudalismus in China in der Funktionärversammlung des Moskauer Parteikomitees im April theoretisch einen großen Schritt zurückgemacht habe. „Jeder Irrsinn hat seine Logik.“ Auch in der Behauptung des Genossen Radek ist eine „eigene Logik“ vorhanden. Indem Radek aus dem Ueberwiegen des Handels- und Wucherkapitals in China die Schlußfolgerung zieht, daß dort der Feudalismus bereits verschwunden ist und dem Kapitalismus den Platz eingeräumt hat, ist er der Auffassung, daß die Agrarrevolution in China nicht gegen den Feudalismus, sondern gegen die Bourgeoisie gerichtet ist und daß Genosse Bucharin diese Theorie nur erfunden habe aus Angst vor der Perspektive eines Kampfes gegen die Bourgeoisie. Eine merkwürdige Logik! Ein merkwürdiger Marxismus! Als ob die gegen den Feudalismus gerichtete Agrarrevolution irgendwo oder irgendwann nicht auf den Widerstand der Bourgeoisie gestoßen wäre! Radek hat wohl noch nichts davon gehört, daß die Bourgeoisie sogar während der Großen Französischen Revolution, als sie noch revolutionär war, in Furcht versetzt wurde gerade durch die Agrarrevolution und durch die Aufteilung des Bodens (Loi agraire). Radek hat offenbar nicht bemerkt, daß es auch in der Resolution des 7. Plenums des EKKI, die auf Grund der „Theorie Bucharins mit Feudalismus“ verfaßt worden ist, heißt, daß die Agrarrevolution unvermeidlich zum Abmarsch der Bourgeoisie von der Revolution führen wird.

Um nochmals seine von Unwissenheit strotzende Theorie von der Agrarrevolution ohne Kampf gegen den Feudalismus zu begründen, versucht Radek den dritten Band des „Kapital“ von Marx zu Hilfe zu nehmen.

„Marx — sagt Radek — wies bei der Analyse des Einflusses des Wucherkapitals auf die Agrarverhältnisse darauf hin, daß das Wucherkapital die antiken feudalen Reichtümer und das antike feudale Eigentum zerstört.“

Radek versteht ebenso gut und legt ebenso gewissenhaft Marx aus, wie er Bucharin versteht und auslegt.

Charakteristisch ist schon, daß Marx von dem Wucherkapital in einem Kapitel spricht, das betitelt ist: „Vorkapitalistisches“. Was schreibt er da?

„Das Wucherkapital als charakteristische Form des zinstragenden Kapitals entspricht dem Vorherrschen der kleinen Produktion, der selbstarbeitenden Bauern und kleinen Handwerksmeister. Wo dem Arbeiter, wie in der entwickelten kapitalistischen Produktionsweise, die Arbeitsbedingungen und das Produkt der Arbeit als Kapital gegenüber treten, hat er als Produzent kein Geld zu borgen.“

Aus diesen Worten ersieht man, daß die Herrschaft des Wucherkapitals und die „entwickelte kapitalistische Produktionsweise“ nach der Auffassung von Marx einander ausschließen. Weiter sagt Marx:

„Das Wucherkapital, in dieser Form, worin es in der Tat alle Mehrarbeit der unmittelbaren Produzenten sich aneignet, ohne die Produktionsweise zu ändern; worin das Eigentum, resp. der Besitz, der Produzenten an den Arbeitsbedingungen — und die ihr entsprechende vereinzelte Kleinproduktion — wesentliche Voraussetzung ist; wo das Kapital also die Arbeit sich nicht direkt unterordnet und ihr daher nicht als industrielles Kapital gegenübertritt, dies Wucherkapital verelendet diese Produktionsweise, lähmt die Produktivkräfte, statt sie zu entwickeln, und verewigt zugleich diese jammervollen Zustände“

In diesem Zitat also behauptet Marx trotz Radek, daß das Wucherkapital an und für sich die Produktionsweise nicht ändert, sondern — diese „jammervollen Zustände verewigt“.

„Er (der Wucher) — sagt Marx — ändert die Produktionsweise nicht, sondern saugt sich an sie als Parasit fest und macht sie miserabel.“ Ferner sagt Marx: „Soweit Sklaverei herrscht, oder soweit das Mehrprodukt vom Feudalherrn und seiner Gefolgschaft aufgegessen wird, und Sklavenbesitzer oder Feudalherr dem Wucher verfallen, bleibt die Produktionsweise auch dieselbe; nur wird sie härter für die Arbeiter. Der verschuldete Sklavenhalter oder Feudalherr saugt mehr aus, weil er selbst mehr ausgesaugt wird. Oder schließlich macht er dem Wucherer Platz, der selbst Grundeigentümer oder Sklavenbesitzer wird, wie der Ritter im alten Rom.“

In diesem Zitat sind die Worte von Marx, daß der „Feudalherr schließlich dem Wucherer Platz macht, der selbst Grundeigentümer oder Sklavenbesitzer wird“, bei Erhaltung der alten Produktionsweise, wie zugeschnitten auf China. Nach Radek folgt, daß, wenn der Wucherer in China zum Grundeigentümer wird, das bedeutet, daß auf dem Lande nicht mehr der Feudalismus, sondern der Kapitalismus herrscht. Nach Marx aber folgt, daß das bloß die Ablösung eines Feudalherrn durch den anderen Feudalherrn ist, der ein „harter, geldsüchtiger Emporkömmling ist. Aber die Produktionsweise selbst wird nicht verändert“.

Schließlich sagt Marx speziell über die asiatischen Länder:

„Bei asiatischen Formen kann der Wucher lange fort dauern, ohne etwas anderes als ökonomisches Verkommen und politische Verdorbenheit hervorzurufen. Erst wo und wann die übrigen Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise vorhanden, erscheint der Wucher als eines der Bildungsmittel der neuen Produktionsweise, durch Ruin der Feudalherren und der Kleinproduktion einerseits, durch Zentralisation der Arbeitsbedingungen zu Kapital andererseits.“*

Auf diese Weise ist nach Marx der Wucherer unter besonders günstigen Verhältnissen, die er in den asiatischen Ländern nicht gefunden hat, eines der Werkzeuge, die eine neue Produktionsweise schaffen. Kann man sagen, daß diese besonders günstigen Verhältnisse in

* Marx, „Kapital“, III. Bd., 2. Teil, Seiten 133 f., 135, 136.

China vorhanden sind, wo der Imperialismus, der alle wirtschaftlichen Kommandohöhen besetzt hat, das stärkste Hindernis für die Entwicklung des einheimischen Kapitalismus ist? Kann man unter Berufung auf Marx behaupten, daß in China, wo der industrielle Kapitalismus gewaltige Fortschritte nur in gewissen Bezirken gemacht hat, auf dem Lande die feudalen Beziehungen vermittelst des Wucherkapitals sich bereits in kapitalistische umgewandelt haben? In der Tat, Genosse Radek würde besser getan haben, wenn er in seinen Forschungen sich nicht auf Marx berufen hätte, sondern auf einen moderneren und tieferen „Theoretiker“ — wie z. B. Genossen Trotzki!

Das 7. Plenum des Exekutivkomitees der Komintern hat zum ersten Male (lange vor jeglichen Oppositionellen) die Frage der Agrarrevolution in China als das zentrale Problem der neuen Etappe der Revolution gestellt und hervorgehoben, daß die Angst vor der Entfaltung der Agrarrevolution, um den Abmarsch der Bourgeoisie von der Revolution zu vermeiden — „keine revolutionäre Politik des Proletariats“ ist, daß „die Kommunistische Partei von solchen Fehlern frei sein muß“. Genosse Radek erklärte in seinen ersten Reden zur chinesischen Frage, daß die Resolution des 7. Plenums ein bedeutender Schritt vorwärts ist und daß man auf dem Boden dieser Resolution stehen kann und muß. Seit dieser Zeit ist Genosse Radek „klüger“ geworden. Jetzt äußert er sich über diese Resolution, die er als menschwistisch bezeichnet, mit Verachtung:

„Ueber die Resolution des Erw. Plenums der Komintern, die den ‚Abmarsch der Bourgeoisie‘ voraussagte, aber aus dieser Voraussage keine Schlußfolgerungen zieht, muß man das wiederholen, was Lenin über die Resolution der Konferenz der Menschewiki vom Jahre 1905 gesagt hat, die sich mit der Frage der Provisorischen Revolutionsregierung beschäftigte, nämlich, daß diese Konferenz die Psychologie des ‚passiven Zuschauers‘ zum Ausdruck bringe und ‚in weitläufigen Schilderungen sich erschöpfe‘. Dieses Nicht-ziehenwollen von Schlußfolgerungen aus den ‚Voraussagen‘, diese Berufung auf ‚Prozesse‘ empören Lenin und er sagt: ‚Das ist nicht die Sprache von politischen Führern, das ist die Sprache von Archivaren.‘“

Auf diese Weise folgt nach Radek, daß die Komintern nicht nur im Frühjahr 1926 die Kommunistische Partei mit ihrem Menschewismus demoralisiert hat, sondern, daß auch während des 7. Plenums und nach dem 7. Plenum die KP Chinas in den menschwistischen Sumpf weiter hineingeschleppt wurde.

Genosse Radek behauptet, daß trotz der Resolution des 7. Plenums, die von dem Abmarsch der Bourgeoisie handelt, keine praktischen Schlußfolgerungen aus dieser Resolution im Zusammenhang mit der Entfaltung der Agrarrevolution gezogen worden sind. Das ist eine genau so hemmungslose Lüge, wie alle anderen Behauptungen des Genossen Radek. Das 7. Plenum des EKKI, das voraussah, daß die Entfaltung der Agrarrevolution zu einer Krise der Revolution führen werde, zum Abmarsch der Bourgeoisie von der Einheitsfront und zum Uebergang ins Lager der Konterrevolution, entwarf eine ganze Reihe von Maßnahmen, die darauf hinausliefen, das Proletariat auszurüsten, damit es als Sieger aus der bevorstehenden Krise hervorgehe. Gleichzeitig mit der Entfaltung der Massenbewegung der Arbeiter und Bauern schlug das 7. Plenum des EKKI vor, die Kuomintang zu reorganisieren, für die Kuomintang eine festere Basis aus Arbeitern und

Bauern zu schaffen, schlug vor, den Kampf für die Eroberung der Armee, die Bewaffnung der Arbeiter und Bauern und für die Aufnahme von Arbeitern und Bauern in die Armee, für die Eroberung der Kommandoposten in der Armee und ähnlicher Positionen in der Regierung aufzunehmen. Das war ein ganzer strategischer Plan einer entschlossenen Offensive auf der ganzen Linie. Aber gerade weil die Komintern im Herbst 1926 unter sehr ungünstigen Verhältnissen der Kommunistischen Partei empfahl, einen Rückzug anzutreten, jetzt aber unter den veränderten Verhältnissen im Gegenteil ihr Vorschlag, zu einer entschlossenen Offensive überzugehen, gerade deshalb schwankte das Zentralkomitee der jungen Kommunistischen Partei, die keine genügend elastische Taktik einzuschlagen verstand und nicht die Fähigkeit besitzt, schnell vom Rückzug zur Offensive überzugehen; deshalb schwankte die Partei lange Zeit bei der Durchführung der Direktiven des 7. Plenums des EKKI und sabotierte im Laufe von zwei Monaten direkt die Durchführung dieser Beschlüsse. Das veranlaßte das Exekutivkomitee der Komintern und das ZK der KPSU, immer häufiger und nachdrücklicher vom ZK der KP Chinas zu fordern, daß es zu energischen Aktionen übergehe. Schon im Februar machen das EKKI und das ZK der KPSU die KP Chinas darauf aufmerksam, daß eine der Reden Tschang Kai-scheks ein „verräterischer, zur Spaltung führender Stoß in den Rücken der Revolution“ sei. Dann, am 3. März, wird die Direktive erteilt, einen entschiedenen Kurs einzuschlagen auf die Entfaltung der Massenbewegung, die Bewaffnung der Arbeiter und Bauern, die Verwandlung der Bauernkomitees in faktische Machtorgane, auf die Entlarvung der verräterischen reaktionären Politik der rechten Kuomintangleute, auf die Absetzung der rechten Spitzen der nationalrevolutionären Armee und auf ihre Ersetzung durch linke Kuomintangmitglieder und Kommunisten. Und schließlich erteilte das EKKI in der letzten Stunde, am Vorabend der Umwälzung Tschang Kai-scheks, am 31. März, die Direktive: eine Kampagne gegen den sich vorbereitenden Umsturz und eine Kampagne gegen die Rechten zu eröffnen, einen offenen Kampf infolge des ungünstigen Kräfteverhältnisses zunächst nicht aufzunehmen, die Waffen jedoch nicht abzuliefern, im schlimmsten Falle diese zu verstecken.

Trotz all dieser Warnungen, Forderungen und Hinweise schwankte das ZK der KP Chinas, ergriff keine energischen Maßnahmen und, was besonders charakteristisch ist, verhüllte seine Schwankungen durchwegs mit linken Phrasen, die außerordentlich stark an die Phrasen unserer Oppositionellen erinnern. So z. B. erklärte Genosse Tscheng Du-hsju am 23. März in der Antwort auf eine Direktive über die Schaffung einer Basis aus Arbeitern und Bauern innerhalb der Kuomintang:

„Wir wollen nicht, daß die Arbeiter in die Kuomintang eintreten, da sie unter den Einfluß der Rechten geraten können.“

In demselben Geiste schrieb das ZK der KP an das Gebietskomitee der Partei in der Provinz Kiangsi aus Anlaß der Tatsache, daß die Kommunisten dort die Posten von Chefs der Kreisverwaltung erhielten:

„Diese Genossen werden sich von den Massen entfernen, unsere Partei verliert damit das Vertrauen der Massen, deshalb müssen diese Genossen ihre Posten verlassen oder aus der Partei austreten.“

Genosse Tsiu Tsiu-wo charakterisierte in einer Broschüre, die einen Monat

vor der Umwälzung Tschang Kai-scheks abgefaßt wurde, folgendermaßen die Taktik des ZK der KP Chinas:

„Sie fürchten nur eines, daß sie beim Eindringen in die Tiefen der Volksmassen die Klasse vergessen werden, deshalb sind alle ihre Augen nur darauf gerichtet, die Klasse zu erhalten, sie versuchen aber nicht, dieser Klasse die Möglichkeit zu geben, an die Spitze des Volkes zu treten In der KP Chinas gibt es einen Opportunismus, einen Opportunismus, der ein Trotzismus chinesischer Färbung ist und in Wirklichkeit die Ideologie der II. Internationale darstellt.“*

Trotz der Unentschlossenheit des ZK's der KP Chinas wurde einiges von den Direktiven der Komintern nach dem 7. Plenum durchgeführt, und zwar um so mehr, weil die einfachen jungen Mitglieder der KP Chinas ein ausgezeichnetes revolutionäres Material sind, Menschen sind, die zu heroischen Handlungen fähig sind, wie sie das wiederholt bewiesen haben, Revolutionäre sind, fähig, sich in der Praxis die Lehre des Leninismus praktisch anzueignen. Deshalb wuchs trotz alledem die politische Bedeutung der Kommunistischen Partei sehr schnell, und im Moment des Tschang Kai-schek-Umsturzes im April 1927 ergab sich ein anderes Bild als beim ersten Umsturz Tschang Kai-scheks im März 1926. Wenn die KP Chinas vom 20. März vorübergehend vollkommen den Kopf verlor, kapitulierte und Tschang Kai-schek die Möglichkeit gab, Herr der Lage zu werden und gleichzeitig sowohl die Armee als auch die nationale Regierung zu führen, so haben wir im April 1927 die Tatsache zu verzeichnen, daß die Hälfte der Armee, die Mehrheit der Kuomintang und die gesamte Wuhan-Regierung in einem Lager mit den Kommunisten blieb und Tschang Kai-schek zum Verräter an der Revolution erklärten. Das ist die zweite große Bestätigung für die Richtigkeit der Taktik der Komintern.

Aber der Umsturz Tschang Kai-scheks war nicht nur der Beginn der Krise der chinesischen Revolution. Die plebejische Abrechnung der Bauern mit den Gutsbesitzern in den Provinzen Hunan und Hupe schuf die Gefahr neuer Verrätereien und neuer Abspaltungen. Trotzdem erklärte die Komintern vollkommen richtig, daß der Tschang Kai-schek-Umsturz nur der Beweis ist für eine teilweise, wenn auch große Niederlage der chinesischen Revolution, aber auch ein Beweis dafür, daß die chinesische Revolution eine höhere Stufe erklommen hat. Eine jede Verschärfung der Revolution ist unvermeidlich mit schweren Krisen verbunden. Aber diese Krisen können überwunden werden, wenn entsprechend der Zuspitzung des Kampfes der Bauern- und Arbeitermassen die Aktivität der Partei ebenfalls ein rasendes Tempo entfaltet. Wachsen nicht etwa am Vorabend und in den Tagen der Oktoberrevolution die Gefahren für die russische Revolution proportionell mit ihrer Vertiefung? Haben etwa Kleingläubige in jenem Moment nicht erklärt, daß die Uebernahme der Macht durch die Bolschewiki, bei der Sabotage der gesamten kleinbürgerlichen Intelligenz, die Gefahr des Unterganges der Revolution in sich birgt? Und diese Gefahr bestand in der Tat. Aber sie wurde überwunden durch den unerschütterlichen eisernen Willen des großen Führers der russischen Revolution und derjenigen, die mit ihm zusammenarbeiteten und sich auf den revolutionären Enthusiasmus der

* Diese Tatsachen über die Schwankungen des ZK der KP Chinas entnehmen wir dem Aufsatz des Genossen Mandaljan: „Weshalb hat die Führung der KP Chinas Bankrott gemacht?“ Dieser Aufsatz ist in der „Prawda“ vom 16. Juni 1927 erschienen.

Arbeitermassen stützten. So hätte auch die Krise der chinesischen Revolution überwunden werden können, wenn das ZK der KP Chinas nach dem Tschang Kai-schek-Umsturz eine fieberhafte Energie entfaltet hätte. Das ZK wurde damals in dieser Hinsicht von der Komintern mit Direktiven geradezu bombardiert. Aber dieses Mal lehnte es das ZK der KP Chinas offen ab, sich den Direktiven zu fügen. Das, und nur das war der Grund dafür, daß die Komintern durch den Genossen Bucharin öffentlich in den Spalten der „Prawda“ das ZK der KP Chinas opportunistischer Fehler zieh, das bisher von der Komintern schonend behandelt wurde, weil die KP Chinas noch eine sehr junge Partei ist und unter außerordentlich schwierigen Verhältnissen arbeiten muß.

Eigentlich hätte man annehmen müssen, daß in dem Augenblick, wo die Komintern die rechten Abweichungen des ZK's der KP Chinas aufdeckt, das von den „linken“ Oppositionellen hätte begrüßt werden müssen. Aber es kam anders. Sie benutzten diesen Anlaß, um aus der fraktionellen Illegalität die Komintern und das ZK der KPSU noch stärker unter Feuer zu nehmen: die Komintern greife die KP Chinas an wegen Fehler, an denen sie selber schuld sei. Die Komintern werfe dem ZK der KP Chinas Schwankungen vor, während die Komintern selbst einen krassen Beweis für ihre Schwankungen liefere. Worin drückt sich nun diese neueste „Schwankung“ der Komintern aus? Angeblich darin, daß in dem Redaktionsartikel der „Kommunistischen Internationale“ — „An einem schwierigen Wendepunkt“, der am 5. Juli 1927 erschien, gesagt wurde, daß man die Vertreter aus der Wuhan-Regierung nicht abberufen dürfe, daß aber bald darauf, am 10. Juli 1927, in der „Prawda“ ein Aufsatz des Genossen Bucharin erschien, in dem es heißt:

„Man darf keine einzige Minute länger in der Wuhan-Regierung bleiben.“

Diese neueste Beschuldigung, die von den Oppositionellen gegen die Komintern erhoben wird, kann als ein krasses Beispiel ihrer politischen Weisheit und politischen Ehrenhaftigkeit dienen. Der Artikel in der Wochenschrift „Kommunistische Internationale“ wurde am Vorabend des Verrats von Feng Yu-hsiang gesetzt, worauf in dem Nachwort zu diesem Aufsatz hingewiesen wurde. Gleich nach dem Verrat Feng Yu-hsiangs erschien ein Aufsatz Bucharins „Die Lage der chinesischen Revolution“ in Nummer 145 der „Prawda“ vom 30. Juni 1927. In diesem Artikel stellt Bucharin nochmals die Frage der Teilnahme an der Wuhan-Regierung ganz genau so, wie der Verfasser des Aufsatzes in der „Kommunistischen Internationale“. In dem in der „Kommunistischen Internationale“ erschienenen Aufsatz „An einem schwierigen Wendepunkt“ heißt es:

„Folgt daraus, daß die Kommunistische Partei Chinas ihre Vertreter aus der Wuhan-Regierung abberufen und mit der Kuomintang brechen muß? . . . Dieser Weg würde aber faktisch ein Verzicht auf den Kampf um die Hegemonie bedeuten, dieser Weg wäre ein Weg des Liquidatorentums, der mit linken Phrasen verhüllt wird.“

Dasselbe schrieb Genosse Bucharin in der „Prawda“ vom 30. Juni*:

„Es ist bekannt, daß . . . die Losung der Entfernung der Kommunisten aus der Wuhan-Regierung und aus dem ZK der Kuomintang die Losung Tschang Kai-scheks ist. Und in einer solchen Zeit sollen etwa wir selbst, angeblich vom revolutionären Standpunkt aus, die Wünsche dieser Herren erfüllen? Auf eine solche Taktik dürfen wir nicht eingehen . . . Anstatt auf solche Naivitäten einzugehen, müssen unsere Stellungen in der Kuomintang befestigt werden. In der nationalen Regierung müssen

* „Kommunistische Internationale“, Heft 28 vom 12. Juli 1927.

wir, indem wir die ‚Auskundschafter‘ über Bord werfen und sie entlarven, uns solange halten als nur möglich.“

Darauf traten Ereignisse von der größten Bedeutung ein. Die Wuhan-Regierung kapitulierte. Dann und erst dann gibt Genosse Bucharin in seinem zweiten Artikel „An einem jähen Wendepunkt der chinesischen Revolution“, der zehn Tage nach dem ersten Artikel geschrieben wurde, die Losung des Austritts aus der Wuhan-Regierung aus:

„Der Standpunkt Wuhans — schrieb er in diesem Artikel — ist ein Standpunkt der völligen Kapitulation. Die faktische Verschwörung mit Nanking ist eine Tatsache . . . Diese Tatsachen reden eine deutliche Sprache, sie besagen, daß Wuhan gesprengt, die revolutionäre Rolle Wuhans zu Ende ist. . . . Unter diesen Verhältnissen muß man unbedingt die Schlußfolgerung ziehen: Man darf keine Minute länger in der Wuhan-Regierung verbleiben.“

So steht es mit den vermeintlichen „Schwankungen“ der Komintern. Die Oppositionellen kennen offenbar die geflügelten Worte Wilhelm Liebknechts nicht: Wenn die Situation sich ändert, so können wir in 24 Stunden unsere Taktik ändern.

Die ganze Anklage der Oppositionellen gegen die Komintern wird bei aufmerksamer und nüchterner Prüfung zu einer schweren Anklage gegen die Oppositionellen selber. Sie sagen jetzt: die Taktik wird an der Erfahrung erprobt, was aber hat die Erfahrung gezeigt? Euer strategischer Plan der Eroberung der Kuomintang, der nationalen Armee und der nationalen Regierung Chinas ist in alle Winde zerstoßen. Nach einer Reihe von schweren Niederlagen steht Ihr vor einem vollkommenen Nichts. War Genosse Trotzki nicht im Recht, als er noch im Frühjahr 1926 den Austritt aus der Kuomintang vorschlug? Ist jetzt nicht Genosse Radek im Recht, der dasselbe wiederholt?

Dieser Vorwurf der Oppositionellen gegen die Komintern gleicht auf ein Haar der Parole der menschwistischen Liquidatoren, die nach der Niederlage der Revolution von 1905 erklärten: „Man hätte nicht den Kampf aufnehmen dürfen.“ Wir haben hier eine doppelte Ähnlichkeit: erstens, unsere jetzigen Oppositionellen verstehen ebensowenig wie die menschwistischen Liquidatoren der Stolypinschen Zeit oder tun nur so, als ob sie es nicht verstehen, daß die Niederlagen der Revolution nicht nur infolge einer schlechten Führung möglich, sondern auch ungeachtet einer guten Führung möglich sind, wenn sich die objektiven Verhältnisse ungünstig gestalten. Nur typische Menschewiki gehen in den Kampf erst dann, wenn man den Sieg im voraus in der Tasche hat. Die von Lenin im Jahre 1905 festgesetzte Taktik war vollkommen richtig, und trotzdem führte sie seinerzeit nicht zum Siege, weil die Bauernbewegung hinter der Bewegung des Proletariats zurückblieb. Auch in der chinesischen Revolution haben wir in der letzten Zeit eine Reihe von schweren Niederlagen, die eine genügende Erklärung in den objektiven Ursachen finden. Erstens gelang es Tschang Kai-schek unter dem Schutz der Imperialisten, die nationale Regierung von den Zentren der Arbeiterbewegung abzuschneiden. Zweitens war die Bauernbewegung, die in den Provinzen Hupe und Hunan zwar sehr scharfe Formen angenommen hatte, in dem Augenblick der entscheidenden Kämpfe territorial noch ziemlich wenig verbreitet; die extensive Entwicklung der Bauernbewegung in China entsprach noch nicht und entspricht noch nicht ihrer intensiven Entwicklung. Drittens: die nationale Armee in China ist eine Söldnerarmee, die

sich aus deklassierten Bauern rekrutiert. Schließlich bestand in bezug auf die Komintern der objektive Grund darin, daß die Direktiven der Komintern, die notwendigerweise kompliziert waren und eine große Elastizität und Manövrierfähigkeit forderten, von der jungen KP Chinas durchgeführt werden mußten, die, obwohl sie sehr schnell wuchs und sich entwickelte, trotzdem ideologisch noch allzu ungenügend geschult ist und allzu wenig revolutionäre Erfahrungen besitzt. Gerade deshalb verstand es die KP Chinas nicht, entsprechend den Weisungen der Komintern rechtzeitig an die Spitze der Agrarrevolution zu treten und sie zu entfalten (erst im Mai 1927 sprach sich der Parteitag der KP Chinas dafür aus) und ihre Arbeit in der Armee in dem entsprechenden Grade zu verstärken. Gerade deshalb blieb die KP Chinas hinter den Ereignissen zurück. Gewiß könnte man sagen, daß die Komintern das früher hätte in Rechnung stellen und von Anfang an die taktischen Direktiven dem Reifegrad der PK Chinas hätte anpassen müssen. Aber so zu handeln würde bedeutet haben, eine Politik zu führen, die hinter den Dingen herläuft. Genosse Lenin hat seit den ersten Anfängen seiner revolutionären Tätigkeit erklärt: Die Aufgabe eines Zentrums besteht nicht darin, die Taktik zu beschneiden, sie den rückständigen Schichten des Proletariats anzupassen, sondern umgekehrt darin, diese Massen immer höher und höher emporzuheben.

Die zweite Ähnlichkeit zwischen der jetzigen Argumentation der Oppositionellen und der Argumentation der Liquidatoren-Menschewiki der Stolypinschen Zeit besteht darin, daß sie in der Vergangenheit nur Niederlagen sehen und keine Erfolge, daß sie nicht jene gewaltige Erfahrung sehen, die das Proletariat aus den früheren Erfolgen mitgenommen hat, eine Erfahrung, die ein unerläßliches Unterpfeiler ist für kommende Siege. Für jeden Bolschewiki ist es ein Gemeinplatz, daß der Dezemberaufstand von 1905 trotz seiner Niederlage eine notwendige historische Voraussetzung war für den Sieg des Proletariats im Februar und Oktober 1917. Und man muß schon ein vollkommen blinder Liquidator sein, um nicht zu begreifen, was für eine gewaltige Bürgschaft für kommende Siege der chinesischen Revolution die Tatsache ist, daß das chinesische Proletariat bereits eine so ungeheure Rolle in der nationalrevolutionären Bewegung gespielt hat, daß es schon sehr nahe an den Punkt herangekommen ist, wo es zum Hegemon dieser Bewegung wird; um nicht zu begreifen, welche gewaltige Bürgschaft für künftige Siege die Tatsache bedeutet, daß die chinesischen Bauern in einer Reihe von Orten bereits die Macht ergriffen hatten, was unmöglich gewesen wäre, wenn kein objektiv revolutionärer Feldzug nach Nordchina stattgefunden hätte, der den Klassenkampf in Stadt und Land entfaltete, wenn die KP Chinas unter der legalen Deckung der Kuomintang nicht die revolutionäre Arbeit unter der Bauernschaft entfaltet hätte.

Aber es geht nicht nur um die Zukunft. Auch die nächsten Perspektiven der chinesischen Revolution darf man keineswegs so pessimistisch betrachten, wie das tatsächlich die Oppositionellen trotz ihrer linken Phrasen tun. Die Bourgeoisie hat die Revolution verraten und die Generale haben sie verraten. Aber bei der halbkolonialen Abhängigkeit Chinas von den Imperialisten ist es für die konterrevolutionäre liberale Bourgeoisie außerordentlich schwer, das nationale Problem der Befreiung Chinas zu lösen, wenn auch nur in der unvollkommenen bürgerlichen Form. Das sehen die pessimistischen Oppo-

sitionellen nicht, die glauben, daß die Aufgabe der chinesischen bürgerlichen Revolution sich reduziert auf die bescheidene Aufgabe der Herstellung der Zollhoheit Chinas, und nicht begreifen, welch gewaltiges Hindernis für die kapitalistische Entwicklung Chinas, das als vollkommener Herr eingedrungene imperialistische Kapital spielt, das dort die zahlreichen Ueberreste des Feudalismus unterstützt. Die Generale haben die Revolution verraten, aber einen Weg zu einem gegenseitigen Abkommen finden sie nicht, denn auf den Verrat an den Interessen der breiten Volksmassen folgt gleich der Verrat an der „nationalen Idee“, sogar in der Form, die ihr Sun Yat-sen gegeben hat. Die wiederauflebenden partikularistischen Interessen der Militärcliquen und ihre Kriege gegeneinander machen eine Einigung Chinas unmöglich, machen sie nicht einmal auf den Grundlagen der Herrschaft der kapitalistischen Bourgeoisie möglich. Deshalb ist ein neuer Aufschwung der chinesischen Revolution und die Schaffung eines neuen Sammelplatzes jederzeit möglich. In dem Maße aber, wie ein solcher revolutionärer Sammelplatz wieder geschaffen werden wird und die Revolution sich auf Grund der gesammelten Erfahrungen weiter entwickelt, wird für ihren Sieg nur notwendig sein, daß die Lehren der Revolution von der KP Chinas richtig in Rechnung gestellt werden, damit sie nicht von müßigen Kritikastern entstellt werden, die jetzt bei ihrem Vorgehen sich nicht auf irgendwelche prinzipielle Erwägungen stützen, sondern sich ausschließlich von fraktionellen Interessen leiten lassen um den Preis der völligen Diskreditierung der Komintern.

Die Oppositionellen leben und nähren sich nur von den Niederlagen der Revolution. Aus ihnen schöpfen sie die Hoffnungen auf den eigenen Sieg. Aber diese Hoffnungen sind vergeblich. Jeden Tag ist ein neuer Aufschwung der chinesischen Revolution möglich, und sobald dieser Aufschwung kommt, wird er nicht von unserer prinzipienlosen Opposition geführt werden, sondern von der leninistischen Komintern, die den Prozeß der Entwicklung der chinesischen Revolution beschleunigte, als die Revolution sich aufwärts entwickelte, und die den Kopf nicht verliert und nicht in Kleinmut und Pessimismus verfällt, wenn die chinesische Revolution Niederlagen erleidet.

J. D. LEVIN:
DIE NEUE KRISE IN DER ENGLISCHEN
KOHLENINDUSTRIE

Noch ist das Leben in England nach der ungewöhnlichen Erschütterung, die das Land im Zusammenhange mit den gigantischen Klassenkämpfen des vorigen Jahres durchgemacht hat, nicht wieder in ein normales Fahrwasser getreten, und schon zieht eine neue Kohlenkrise herauf. Unter den englischen Bedingungen gewinnt eine solche Krise die Bedeutung einer allgemeinen Staatskatastrophe. Nirgends spielt die Kohlenindustrie im allgemeinen Wirtschaftsleben des Landes eine so dominierende Rolle, wie in England. Nach der Zahl der beschäftigten Arbeiter steht die Kohlenindustrie an erster Stelle. Von 10 bis 11 Engländern ist einer entweder Grubenarbeiter oder Glied einer Grubenarbeiterfamilie. Die ungeheure englische Handelsflotte, deren Tonnage fast ein Drittel der Welttonnage beträgt, dient in der Hauptsache dem Transport der einheimischen Kohle. Der schwarze „König“ des englischen Exports — die Kohle — beansprucht nicht weniger als 80 Prozent der Tonnage der englischen Flotte.

Obwohl die englische Presse die heraufziehende Kohlenkrise als eine neue bezeichnet, so ist dies doch im Grunde genommen die alte Krise der englischen Kohlenindustrie, die sich aus dem Jahre 1925 in das Jahr 1926 hinüberwälzte und die jetzt sich in das Jahr 1927 fortwälzt. Das Wesen der Krise besteht darin, daß die englische Kohlenindustrie total versagt; sie bringt ihre Ausgaben nicht auf und arbeitet mit Verlust. Sie vermag wegen der außerordentlich hohen Kosten der Kohlegewinnung nicht gegen ihre Konkurrenten aufzukommen und verliert ihre Positionen auf dem Weltmarkt.

Als die Grubenherren im vorigen Jahr die Bergarbeiter niederzwingen und ihnen einen längeren Arbeitstag und einen niedrigeren Arbeitslohn aufzwingen, waren sie davon überzeugt und versicherten, daß es ihnen auf diesem Wege gelingen werde, das Problem — die Erhaltung der alten Positionen auf dem Weltmarkte und die Wiedergewinnung der verlorenen — zu lösen. Die nach der Niederlage der Bergarbeiter eingetretene Lage war den Grubenherren außergewöhnlich günstig. Die Förderung eines jeden Grubenarbeiters steigerte sich mindestens um 15 Prozent.* Die gesamten Selbstkosten für die Gewinnung für 1 Tonne Kohlen sind von 17 Sh. 4½ P. im Jahre 1926 auf 16 Sh. und 4½ P. im laufenden Jahre, der Arbeitslohn von 12 Sh. 4½ P. im Jahre 1926 auf 11 Sh. und 1½ P. im laufenden Jahre zurückgegangen. Das sind Durchschnittsziffern für ganz England. In einigen Bezirken erreichte der Rückgang des Arbeitslohnes 20 Prozent, wie z. B. in Südwales, einem der wichtigsten Ausfuhrbezirke Englands. Der Arbeitslohn ging vom Februar/März 1926 von 12 Sh. 6,9 P. pro Tonne auf 10 Sh. 4,27 P. im Februar/April 1927 zurück, in Durham von 10 Sh. 3 P. im Januar/Februar

* Die Verlängerung des Arbeitstages hat selbstverständlich die Mehrförderung begünstigt.

1926 auf 8 Sh. 3,56 P. im Januar/April 1927. Die Grubenbesitzer legten sich für die Rückeroberung ihrer Abnehmer, die ihnen während des vorjährigen Konfliktes durch Deutschland, Belgien, die Tschechoslowakei, Polen und einige andere Länder abgejagt worden waren, energisch ins Zeug. Die Bemühungen der englischen Grubenbesitzer in dieser Richtung hatten einen gewissen Erfolg. Im ersten Halbjahr 1927 wurden 26 318 000 Tonnen ausgeführt. Dies bedeutet, daß die Grubenherrn den Status wieder erreicht haben, den sie im Jahre 1925 auf dem Auslandsmarkte inne hatten.* Darin liegt sehr wenig tröstliches für die englische Kohlenindustrie, denn das Jahr 1925 war das Jahr einer überaus scharfen Krise und eines heftigen Rückganges der Ausfuhr der englischen Kohle. Gegenüber dem Jahre 1924 war der Export in diesem Jahre um etwa 12 Millionen zurückgegangen. Das scheinbare Wohlergehen der englischen Kohlenindustrie ruht jedoch auf einem durchweg verfaulten Fundament, und man kann jeden Augenblick eine Katastrophe erwarten. Ihren gegenwärtigen äußeren „Erfolg“ erkaufte die englische Kohlenindustrie um den Preis enormer Verluste. Sir Herbert Samuel, der Vorsitzende der im Jahre 1925 für die Untersuchung der Kohlenindustrie ernannten königlichen Kommission, behauptet („Observer“, 10. Juli 1927), daß drei Viertel der englischen Kohlenindustrie gegenwärtig mit Verlust arbeiten. Aus den in der Presse** veröffentlichten und im Parlament (in der Sitzung vom 12. 7. 27) mitgeteilten Daten kann man ersehen, welche kolossale Verluste die einzelnen Kohlenbezirke haben. So wurden in ganz Südwales in den drei Monaten Februar, März, April d. J. 11 788 224 Tonnen Kohle gewonnen, für die 9 010 843 Pfund Sterling Erlöst wurden. Die Gesamtausgaben ohne den Arbeitslohn betrugen 3 123 398 Pfund Sterling. Da das Minimum des Arbeitslohnes jedoch 6 104 321 Pfund Sterling beträgt, so macht das Defizit 216 766 Pfund Sterling aus. Insgesamt betrug das Defizit von Südwales für 3 Monate 589 788 Pfund Sterling. Ende Mai d. J. gab es folgendes Defizit:

| | | |
|---|---------|----------------|
| Im Kohlenrevier Yorkshire | 396 163 | Pfund Sterling |
| „ „ Durham | 932 492 | „ „ |
| „ „ Schottland | 601 772 | „ „ |
| „ „ Northumberland (Ende April) | 200 000 | „ „ |

Um die Bedeutung dieser Ziffern verstehen zu können, muß man sie mit den Ziffern des Jahres 1925, das, wie schon erwähnt, von einer schweren Krise heimgesucht war, vergleichen. Im Jahre 1925 betrug das Defizit im Laufe der ersten sechs Monate in:

| | | |
|--------------------------|---------|----------------|
| Südwales | 498 000 | Pfund Sterling |
| Durham | 512 000 | „ „ |
| Schottland | 469 000 | „ „ |
| Northumberland | 314 000 | „ „ |

Wir sehen also, daß die Verluste des laufenden Jahres in den wichtigsten Revieren die Verluste des Jahres 1925 weit hinter sich lassen. Vergeblich war der barbarische chirurgische Eingriff, der von den Grubenbesitzern und der „Diehard“-Regierung Baldwin an den Kumpels vorgenommen wurde, umsonst waren alle Opfer, zu denen sie mit Hilfe ihrer gepanzerten Faust

* Im Jahre 1925 sind 50 818 118 Tonnen exportiert worden. Es erübrigt sich, irgendwelche Vergleiche mit dem Jahre 1926 zu ziehen, da die Gruben damals während des Konfliktes sieben Monate still lagen.

** Siehe „Manchester Guardian“, 1. 6. 27, 11. 7. 27, und „Times“, 6. 6. 27.

die von ihnen niedergerungenen Bergarbeiter zwingen. Die englische Kohlenindustrie geht zugrunde. Sie ist gegenwärtig in einer schlimmeren Lage als im Jahre 1925.

Woraus erklärt sich das so schnelle Eintreten der neuen Krise? Dank dem vorjährigen Kohlenkonflikt in England ist doch die Kohlengewinnung der Welt um 119 Millionen Tonnen zurückgegangen, was doch in der Richtung der Konjunktur des Kohlenmarktes wirken müßte. Damit rechneten u. a. die Grubenherren, die einen Kohlen-Boom, zumindest während der ersten neun Monate nach Beendigung des Konflikts erwarteten. In ihren Verträgen hatten die Grubenbesitzer eine Frist von sechs Monaten und selbst darüber hinaus für die Revision des ausgemachten Minimums und der allgemeinen Sätze festgesetzt. Niemand von ihnen hatte auch nur vermutet, daß die neue Krise schon an der Schwelle stand, bevor die alte Krise beendet war. Es stellt sich heraus, daß die Weltausbeute an Kohle 1926 beinahe gar nicht zurückgegangen war. 1925 betrug die Kohlenausbeute der Welt (einschließlich Braunkohle) 1 361 000 000 Tonnen, und im Jahre 1926 — 1350 Millionen. Der Rückgang betrug also insgesamt nur sechs Millionen Tonnen (nach den Angaben der US Geological Jury). Das Weltdefizit an Kohle, das dank der Untätigkeit der englischen Gruben entstanden war, wurde durch eine gesteigerte Förderung in den anderen Ländern schnell wettgemacht. So steigerten z. B. ihre Ausbeute

| | | |
|--------------------------------------|------------|--------|
| Die Vereinigten Staaten um | 74 000 000 | Tonnen |
| Deutschland | 12 000 000 | „ |
| Polen | 6 300 000 | „ |
| Frankreich | 4 400 000 | „ |
| Belgien | 2 300 000 | „ |
| Sowjetrußland | 9 000 000 | „ |

Die Kohle konsumierenden Länder haben folglich den Ausfall der englischen Kohle gar nicht empfunden. Die psychologische Wirkung dieser Tatsache war enorm. Viele Länder, die vorher von der englischen Kohle abhängig waren, befreiten sich von dieser Abhängigkeit entweder durch eigene Neuförderung oder Steigerung ihrer bisherigen Förderung — oder aber mittels Ersetzung der englischen Kohle durch deutsche, belgische u. a. Kohle. Diese Zunahme in der Förderung der Kohle hörte nach Beendigung des Kohlenkonfliktes und nach der vollkommenen Wiederaufnahme des Kohlenexports durch England nicht nur nicht auf, sondern steigerte sich sogar. So förderte Frankreich im März d. J. um 249 000 Tonnen mehr als 1926, Belgien um 339 000, Deutschland um 2 580 000 und die Vereinigten Staaten um 10 000 000 Tonnen mehr. Während des ersten Vierteljahres 1927 steigerte Deutschland seine Förderung im Vergleich mit dem ersten Quartal des Jahres 1926 um 21 Prozent, Frankreich um 15 Prozent, Belgien um 22 Prozent und Polen um 39 Prozent. Das Angebot überstieg die Nachfrage und die Preise gingen zurück. Ende 1926 und Anfang 1927 betrug der Durchschnittspreis für eine Tonne Kohle 21 Schilling 12 Pence, ging aber im April auf 18 Schilling 6 Pence zurück. Die folgende vergleichende Tabelle gibt ein Bild vom Rückgang der Preise in den wichtigsten Revieren. Die Verkaufspreise pro Tonne betragen:

| | Yorkshire Sh. P. | Northumberland Sh. P. | Schottland Sh. P. | Durham Sh. P. | Südwaies Sh. P. |
|---------------------------|---------------------|--------------------------|----------------------|------------------|--------------------|
| 1. Quartal 1925 | 18/2 | 16/2 | 17/8 | 17/— | 20/0½ |
| 1. Quartal 1926 | 16/1 | 13/3 | 14/4½ | 13/10½ | 16/7½ |
| Januar 1927 | 17/2 | 14/5½ | — | 14/7½ | — |
| Februar 1927 | 16/4½ | 13/9½ | — | 14/— | — |
| März 1927 | 15/1 | 13/2 | 12/5 | 13/7 | — |
| April 1927 | — | 12/6 | — | 13/3½ | 15/3½ |

Die durch die ungeheuere Konkurrenz entstandene Lage wird überaus anschaulich durch A. Cook geschildert.

„Wales — sagt er — verkaufte im Februar 121 Tonnen mehr Kohle als im Januar, erhielt aber dafür 68 000 Pfund Sterling weniger. Mit anderen Worten: wir hatten den ausländischen Käufern ein Geschenk von 121 Tonnen Kohle gemacht und ihnen noch 68 000 Pfund Sterling dafür zugezahlt, daß sie so liebenswürdig waren, von uns dieses Geschenk anzunehmen.“ („Daily Herald“, 11. Mai 1927.)

Es gab jedoch auch Länder, denen diese Geschenke nicht in den Kram paßten. Das waren Frankreich und Spanien, die ziemlich energische Maßnahmen trafen, um sich in Zukunft vor solchen Geschenken zu schützen. Im Juni 1927 führte Frankreich ein System von Einfuhrlicenzen ein, ohne die die Einfuhr von Kohle nach Frankreich verboten wird. Eine ähnliche Maßnahme traf Spanien. Frankreich ist einer der größten Abnehmer englischer Kohle. Es verbraucht jährlich gegen 80 000 000 Tonnen, während es selbst insgesamt gegen 60 bis 61 Millionen Tonnen einschließlich des Saarbeckens gewinnt. Im Jahre 1913 führte Frankreich aus England 12 775 000 Tonnen ein, im Jahre 1923 18 826 000 Tonnen, 1924 14 534 000, und 1925 10 234 000 Tonnen. Nach Beendigung des Kohlenkonfliktes begann die englische Kohle in Frankreich nicht nur die eingeführte Kohle, sondern auch die französische Kohle selbst zu verdrängen.

Auf den Halden speicherten sich in Frankreich ungeheure Vorräte auf — gegen 3 000 000 Tonnen — die keine Abnehmer fanden. Die französische Kohlenindustrie war von einer Krise bedroht; da kam ihr die Regierung mit ihren inhibierenden Maßnahmen zu Hilfe. Die französischen Fabrikbesitzer waren mit dieser Maßnahme sehr unzufrieden, für diese traten aber die Finanz- und Bankkreise ein, die an einer Verbesserung der Zahlungsbilanz Frankreichs und an der Stabilisierung des Franken interessiert waren. Außerdem fürchtete die Regierung Komplikationen mit den Arbeitern. Die französische Regierung hatte sich das Ziel gesetzt, die Einfuhr von Kohle von 20 Millionen Tonnen auf 12 Millionen herabdrücken und entsprechend die Förderung im eigenen Lande zu steigern. Die Maßnahme der französischen Regierung bedeutete einen schweren Schlag für die englische Kohlenindustrie, da der Export nach Frankreich 1925 zwanzig Prozent des gesamten englischen Kohlenexportes betrug. Aus diesem Anlaß erfolgte sogar ein diplomatischer Meinungs-austausch zwischen der französischen und englischen Regierung, als dessen Ergebnis die Engländer die Lizenz für einige Monate im voraus erhielten.

Die Perspektiven für den englischen Kohlenhandel in Frankreich sind jedenfalls überaus traurige. Die einschränkenden Maßnahmen Frankreichs sind u. a. auch gegen die Ruhrkohle gerichtet.

Bisher sprachen wir nur über den Einfluß, den die eingetretene Lage auf die Kohlenindustrie Englands ausübt, sprachen aber nicht davon, wie dies sich auf die Arbeiterschaft ausgewirkt hat. Zu allererst hat sie sich in einer

Steigerung der Arbeitslosigkeit ausgewirkt. Im April 1926, vor Beginn des Konflikts, zählte man in der Kohlenindustrie Englands 97 880 Arbeitslose, im Januar 1927 jedoch 200 000 Arbeitslose. In dieser Zahl sind jedoch nicht die Kurzarbeiter eingeschlossen. Ende Mai zählte man 211 401 Arbeitslose. In der letzten Zeit wird in fast allen Kohlenrevieren nur Kurzarbeit geleistet. Nach den Angaben des Arbeitsministeriums ging im ersten Quartal des laufenden Jahres die Zahl der Bergarbeiter im ganzen Lande um 9 Prozent zurück (man zählte 1 026 000 Bergarbeiter). In einzelnen Bezirken, wie z. B. in Südwales und Monmouthshire, betrug dieser Rückgang 13 Prozent, in Schottland 14, in Durham 16 Prozent. Dies ist vorwiegend das Ergebnis des verlängerten Arbeitstages, zum Teil auch der Rationalisierung, die hier und da durchgeführt wird. In der letzten Zeit ist ein katastrophaler Rückgang des Arbeitslohnes zu beobachten. Die Tarifverträge setzen bekanntlich einen Minimalschichtlohn fest, in der Regel aber verdient die ungeheure Mehrzahl der Grubenarbeiter bedeutend weniger als dieses Minimum. Wie der Spezialkorrespondent für Arbeitsfragen des „Manchester Guardian“ unter dem 11. Juli mitteilt, senkte sich in „Yorkshire, in Südwales, in Durham, in Northumberland und Schottland der Arbeitslohn bis auf ein Minimum und kann weiter nicht fallen“. In Lancashire ging der Lohn um 1 Schilling pro Tag zurück, was mehr als 5 Schilling pro Woche ausmacht; in Cannockchase ging der Lohn um 2 Schilling 2 Pence pro Tag für die Arbeiter in den Stollen zurück, im südlichen Derbyshire um 1 Schilling 2 Pence pro Tag, in Nordwales um 1 Schilling 4 Pence pro Tag.

Es ist ganz klar, daß, sobald die im Tarifvertrag festgesetzte Frist für die Revision der Minimalzuschläge verstrichen ist, eine weitere Senkung des Lohnes erfolgt. Es ist nicht verwunderlich, daß sich der Bergarbeitermassen eine Unruhe bemächtigt hat und der Bergarbeiter-Verband Großbritanniens Alarm schlägt. Und nun sehen wir eine eigenartige Diskussion vor sich gehen. Der Bergarbeiter-Verband veröffentlichte am 24. Juni eine Erklärung, in der er die Aufmerksamkeit auf die ungeheuren Verluste der Kohlenindustrie lenkte und auf die heraufziehende Krise hinwies. Der Verband der Grubenbesitzer gab sofort eine Antwort, in der er das Vorhandensein einer Krise vollkommen leugnete, und erklärte, daß die Verbreiter der Gerüchte über eine Krise sich von böswilligen Motiven leiten ließen, die bewußt auf falschen Alarm ausgingen, um im Lande eine Panik zu verbreiten. Gleichzeitig gibt er zu, daß die Grubenbesitzer wirklich mit Verlust arbeiten, daß sie dies jedoch keineswegs aufrege, denn die Grubenbesitzer hätten „vorausgesehen“, daß nach der Wiederaufnahme der Arbeit eine Depression folgen werde. Des weiteren bemerkte er, daß die Verluste noch größer geworden wären, wenn man den achtstündigen Arbeitstag nicht eingeführt hätte. Zum Schlusse lenkte er die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, „daß die Depression nicht nur in der Kohlenindustrie zu beobachten sei, daß auch die Eisen-, Stahl-, Schiffsbau- und Maschinenindustrie keine Gewinne, sondern nur Verluste hätten“.

Aber nicht nur die Grubenbesitzer leugnen die vollkommen offensichtliche Tatsache der Krise; neben ihnen tut es auch die Regierung. In der Sitzung des Unterhauses vom 12. Juli ließ sich der Bergwerksminister, Oberst Line-Fox, in noch optimistischerem Tone aus als die Grubenbesitzer. Nach der

Schilderung der allgemeinen Lage der Kohlenindustrie in England und dem Auslande und nach dem Hinweis auf die Schwierigkeiten, denen die englischen Kohlenexporteure begegneten, fuhr er fort:

„Wir können aber trotz alledem sagen, daß wir die Tatsache einer wunderbaren Wiederherstellung unseres Exporthandels (mit Kohle) haben. Die Zahlen für den Juli zeigen eine enorme Steigerung unseres Exports . . . Das beweist, daß eine sehr große Nachfrage nach englischer Kohle besteht . . . Ich bin kein Freund dessen, daß man schreit — ‚ein stinkender Fisch‘. Wir helfen uns damit nicht. Wir spornen damit unsere Industrie nicht an; wir schädigen uns damit vor dem Auslande, wenn wir sagen, daß eine Krise bevorsteht und daß die Kohlenindustrie sich in einer schwierigen Lage befindet.“

Ein Mitglied des Parlaments machte darauf den Zwischenruf: „Wenn aber der Fisch stinkt, warum soll man da nicht die Wahrheit sagen?“

Die Unsinnigkeit und Verlogenheit des simuliert optimistischen Wortgepranges der Grubenbesitzer und der Regierungsvertreter wird durch die alarmierenden Aufsätze ad absurdum geführt, mit denen die englische Presse von den konservativen „Times“ bis zum liberalen „Manchester Guardian“ aus Anlaß der verfluchten Krise in der Kohlenindustrie angefüllt sind. Vor kurzem sind in der Presse und in Versammlungen Warnrufe über die Unvermeidlichkeit einer Krise in der allernächsten Zeit durch Sir Herbert Samuel, den ehemaligen Vorsitzenden der Kohlenkommission, und durch Lloyd George erfolgt. Der letztere bemüht sich aus dieser Krise vorschubweise politisches Kapital zu schlagen und biedert sich an die Bergleute an:

„Noch vor Ende dieses Jahres, — so erklärte er — wird eine neue Krise eintreten, wo den Bergarbeitern die Hilfe von Freunden von Nöten sein wird, die sie in jeder Partei besitzen und die sich auf ihre Seite schlagen würden.“ („Times“ 20. Mai 1927.)

Er — Lloyd George — „verspricht“, daß er „einer dieser Freunde“ sein werde.

Dieser schlaue Fuchs glaubt, daß die Bergarbeiter seine Machenschaften im Jahre 1919 vergessen haben, wo er als Premierminister die Bergarbeiter in der gemeinsten Weise betrog, indem er sie an die Angel des Berichtes Sanckey lockte. Ueberaus bezeichnend ist ein Leitartikel, der in den „Times“ vom 21. Juni 1927 unter dem Titel „Kohle und Chaos“ erschienen ist.

Nach Schilderung dessen, wie eine ganze Reihe von Staaten sich den vorjährigen Konflikt in der englischen Kohlenindustrie zunutze gemacht hat, um gewisse Positionen zu erobern, bemerkt das Organ des Finanz- und Schwerindustriekapitals:

„Es ist klar, daß die Länder, die gelernt haben, ihren Bedarf in größerem Umfange zu decken als früher, und ebenso unsere Konkurrenten in jenen Ländern, die sich mit dem Export befassen, nicht ohne weiteres die Positionen aufgeben werden, die sie kampflos gewonnen haben. Dies kann zu einer allgemeinen Krise der Ueberproduktion führen.“

Die „Times“ argumentieren weiter, daß der einzige Ausweg aus der Lage die Bildung eines internationalen Kartells, ähnlich dem kontinentalen Eisen- und Stahlkartell, wäre. Nach der Ansicht der „Times“

„könnte jedoch eine solche Verständigung nur dann erfolgen, wenn die Kohlenindustrie im allenglischen Maßstabe und nach allgemeinen Prinzipien organisiert wäre. Diese Voraussetzung fehlt jedoch. Außerdem konnten die Vorschläge, die von Deutschland in bezug auf die Kohlenindustrie gemacht wurden, die Engländer nicht befriedigen. Es steht deshalb eine langwierige und schwierige Periode der Konkurrenz auf dem Weltmarkte bevor.“

Ist die englische Kohlenindustrie auf diesen Kampf vorbereitet? Was ist für die Reorganisierung der englischen Kohlenindustrie unternommen worden, fragen die „Times“.

„Es sind eine oder zwei große Fusionen von Kohlenunternehmungen erfolgt, — fahren die ‚Times‘ fort — und die Frage weiterer Verschmelzungen wird lebhaft debattiert. Die bisher erreichten praktischen Resultate sind aber gering, und im allgemeinen ist alles beim alten geblieben, so wie es vor dem Streik gewesen ist. Dies alles ist vollkommen unbefriedigend . . . Mit wenigen Ausnahmen fahren die Grubenbesitzer fort, pathetisch zu behaupten, daß alles gut gehe, daß in dem besten aller Industriezweige alles zum Bessern gehe, und gemacht wurde nichts . . . Die letzten Monate haben den Beobachtern, die außerhalb des engen Kreises des Grubenbesitzerverbandes stehen, gezeigt, daß die Kohlenindustrie dringendst der ‚Rationalisierung‘ bedarf. Wiederholt wurde die Aufmerksamkeit des Landes durch verschiedene Sachverständigenkommissionen auf die unorganisierten, unrationellen und unproduktiven Methoden unserer Grundindustrie (Kohle) gelenkt. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen werden wir selbst jene bedrängte Stellung auf dem Weltmarkt, die wir jetzt einnehmen, nicht halten können, wenn wir uns nicht technisch vervollkommen und eine äußerste Oekonomie durchführen.“

Wir haben uns mit dem Inhalt dieses Leitartikels eingehender beschäftigt, weil er ein helles Schlaglicht auf den inneren Kampf wirft, der im Lager der herrschenden Klassen Englands um die Kardinalfrage der englischen Industrie vor sich geht — um die Kohlenfrage.

HERMANN REMMELE :

DER JULIAUFSTAND DES WIENER PROLETARIATS*

Nach dem Zusammenbruch der Habsburgermonarchie und der Auflösung des österreich-ungarischen Staatenbundes blieb von der ehemaligen österreichischen Hälfte des Reiches nur der größte Teil der Alpenländer als der Zwergstaat Oesterreich mit 6,5 Millionen Einwohnern deutscher Nationalität übrig. Die fruchtbarsten und industriell entwickeltesten Gebiete kamen an die neugebildeten Staaten sowie an Italien und Jugoslawien. Aus diesen Gebieten kam eine ganze große Armee von ehemaligen österreichischen Beamten und Offizieren, die von den neuen Staaten zum Teufel gejagt wurden, um hier Pensionen zu verzehren und gemeinsam mit den Hungergehältern der unteren Bürokraten die Staatskrippe auszuleeren. Der Goldstrom des Profits, der in vielen Unternehmungen, die in Wien ihren Sitz, aber in den jetzt von Oesterreich losgetrennten Gebieten ihre Betriebe hatten, sowie der Zustrom der Steuern aus diesen Gebieten nach Wien hörten auf.

Die neugebildeten Staaten versahen ihre Grenzen mit hohen Zollmauern und in den ersten Jahren nach dem Kriege, in der Zeit des Waren-, besonders des Kohlenhungers, wollten sie dem armen Oesterreich nicht einmal etwas verkaufen, so daß die Oesterreicher fast nichts zu essen hatten und die österreichische Industrie ohne Arbeit war. Zwar blieb Oesterreich vom Wüten

* Fortsetzung des Artikels in Heft Nr. 31 dieser Zeitschrift.

des weißen Terrors verschont, der in Bayern und Ungarn seinen Einzug hielt, aber deswegen wurde dem österreichischen Proletariat und der Bauernschaft nichts geschenkt. Die Ketten der industriellen Ausbeutung wurden schwerer und schwerer. An den feudalistischen Agrarverhältnissen, der Ausbeutung der Landarbeiterschaft und des Bauerntums durch den Großgrundbesitz wurde nichts geändert. Das einzige, was die Otto Bauer, Fritz Adler usw., als sie zur Herrschaft kamen, anders machten als die Ebert und Scheidemann, war eine „revolutionäre“ Geste zur Befriedigung der aufgewühlten Massen, indem sie die Habsburger durch Gesetz „für alle Zeiten“ des Landes verwiesen, die ausgedehnten und zahlreichen „Kronländereien und Waldungen“ und den sonstigen immobilien Besitz der Habsburger entschädigungslos enteigneten und in Staatsverwaltung nahmen. Die Nutznießung sollte der Kriegsinvaliden- und Waisenfürsorge zugutekommen. Das war gewiß — wenn man das Verhalten der deutschen Kaisersozialisten damit vergleicht — eine „Tat“. Und doch war es nichts anderes, als ein billiger Gnadenbrocken, der rebellierenden Arbeitermasse hingeworfen, um Schlimmeres zu verhüten. Die Ebert und Noske schafften es — brutal und skrupellos, dumm und plump, wie sie von Geburt aus sind — mit Pulver und Blei; die Otto Bauer und Fritz Adler machten es klug und gerissen, durch geschickte Scheinkonzessionen. Aber ob dumm oder klug, das Resultat ist dasselbe: An der kapitalistischen Ausbeutung wurde nichts geändert, die bürgerliche Gesellschaftsordnung durfte nicht angetastet werden, die kapitalistische Staatsmacht mußte erhalten bleiben!

Die österreichische Bourgeoisie stand dem Zusammenbruch anfangs kopf- und hilflos gegenüber. Sie war heilfroh, ihr nacktes Leben zu behalten, und überließ es freudig dem Austromarxismus, ihr System und ihre Gesellschaftsordnung vor der sozialen Revolution und der Herrschaft der Arbeiterklasse zu retten: bis zum heutigen Tage hat die österreichische Großbourgeoisie, das Industrie-, Handels- und Bankkapital, keine eigene selbständige Partei. Die Interessen der Großbourgeoisie, die wie in jedem kapitalistischen Lande, so auch in Oesterreich, die maßgebenden und entscheidenden in der Wirtschaft und Politik sind, werden in der Hauptsache von der klerikalen „christlich-sozialen“ Partei vertreten. Aber auch die Austromarxisten, die größte Partei im Lande, wetteifern mit den Christlichsozialen auf ihre Art, die Interessen des Großkapitals wahrzunehmen. So wie alle sozialdemokratischen Parteien in der Nachkriegszeit, vor die Alternative gestellt, den Weg der sozialen Revolution zu gehen, oder für den kapitalistischen Wiederaufbau einzutreten, hat die österreichische so wie die internationale Sozialdemokratie sich für das letztere entschieden und mußte infolgedessen auch für die schrankenlose Herrschaft des Finanzkapitals eintreten, das allein imstande war, das zusammengebrochene Wirtschafts- und Staatswesen auf kapitalistischer Grundlage wieder aufzurichten.

Die österreichische Landwirtschaft kann trotz unerhörter Agrarzölle und gesteigerter Intensivierung nach dem Kriege die erforderlichen landwirtschaftlichen Produkte für seine Bevölkerung nur bis zu 60 oder 65 Prozent beschaffen. Also etwa ein Drittel bis zur Hälfte der Nahrungsmittel, deren Oesterreich zur Ernährung der Bevölkerung bedarf, muß aus den um-

liegenden Agrarländern eingeführt werden. Das erfordert, daß Industriewaren zu so niedrigen Preisen in jene Länder ausgeführt werden, wie sie von keinem anderen Lande hergestellt werden können, was durch einen niedrigen Arbeitslohn bei intensivster Ausbeutung der Arbeiter und mittels Dumping auf Kosten der Verteuerung der Industriewaren auf dem Innenmarkt erzielt wird. Das hat wiederum hohe Industriezölle zur Folge. In dieser Wirtschaftspolitik sind sich Christlichsoziale und Sozialdemokraten durchaus einig; stärkere Gegensätze bestehen nur in der Frage der Agrarzölle, die die Arbeiter unmittelbar belasten.

Trotz aller Versuche der Sozialdemokraten und der Christlichsozialen, die österreichische Wirtschaft vor dem Zusammenbruch zu retten, war Oesterreich etwa im Jahre 1920 am Ende seines Lateins. Die österreichische Währung war auf ein Zehntausendstel ihres Vorkriegswertes herabgesunken, die Wirtschaft drohte trotz aller Sparmaßnahmen, trotz Beamten- und Arbeiterabbau, trotz aller Hungerlöhne, vollkommen zum Stillstand zu kommen. Von Wien sprach man als von einer „sterbenden Weltstadt“. Verzweiflungsakte und Selbstmorde kleiner Beamten, Rentner und Arbeiter häuften sich so sehr wie die billigen Trostworte der Regierung und der Parteien.

Die soziale Revolution hing also trotz aller Gerissenheit der Austromarxisten über dem Haupt und ratlosen Regierung. Aber nicht nur über dem der österreichischen, sondern auch zugleich über dem Haupte aller kapitalistischer Regierungen ganz Europas. Es saß zwar in allen Regierungen die II. Internationale, aber das war ja gerade der letzte Rettungsanker; wenn der riß, war die Bourgeoisie in allen Ländern verloren. Und in Oesterreich war die II. Internationale stets eine große Macht, die, wäre sie eine revolutionäre Macht, fast unbesiegbar wäre. Gibt es doch in Oesterreich bei 6,5 Millionen Einwohnern rund eine Million gewerkschaftlich organisierter und eine halbe Million in der Sozialdemokratie politisch organisierter Arbeiter.

Jeder vierte erwachsene österreichische Staatsbürger ist freigewerkschaftlich organisiert, jeder siebente erwachsene Oesterreicher ist Mitglied der sozialdemokratischen Partei! Wäre diese eine revolutionäre Partei, so hätte Oesterreich und besonders Wien das Herz und die starke Festung der proletarischen Revolution in ganz Europa werden können.

Die Lenker und Beherrscher der Weltpolitik im Lager der internationalen Bourgeoisie verstanden es besser als die Arbeiterklasse, die besondere Bedeutung Oesterreichs und seiner Arbeiterklasse für das Schicksal Europas einzuschätzen. Von allen niedergebroschenen Gesellschaftsordnungen und Staatswesen wandten daher die bürgerlichen Staatsmänner zuerst Oesterreich ihr Augenmerk zu. Oesterreich war das erste Land, das vom Völkerbund durch die kapitalistische Hochfinanz wieder aufgerichtet wurde. Um den Preis, die bürgerliche Ordnung und das kapitalistische Wirtschaftssystem zu retten, mußte Oesterreich seine staatliche Souveränität auf dem Gebiete des Budgetrechts, des Steuer- und Finanzwesens opfern und die Verwaltung des Staates unter die Kontrolle der Experten von London und Paris stellen. Der Völkerbundskommissar Zimmermann hielt in Wien seinen Einzug und die sogenannte „Genfer Sanierung“, die erste Staatssanierung des Völkerbundes, begann.

Natürlich bringt eine solche Sanierung Abhängigkeit und Versklavung der sanierten Wirtschaft, aber sie ist für die Bourgeoisie die einzige Rettung vor dem sicheren Untergang. So stand die Frage der Sanierung vom Standpunkt der Bourgeoisie aus gesehen. Aber vom Standpunkt der Arbeiterklasse bedeutet die Sanierung doppelte und dreifache Ausbeutung und Versklavung. Erstens muß die Arbeiterschaft den Profit des eigenen Unternehmers schaffen, zweitens die regulären Staatsausgaben, drittens den Extraprofit für den fremden Kreditgeber und viertens die Amortisation der Kredite ermöglichen und endlich fünftens muß der Arbeiter die dem „sanierten“ Staat durch die Raubverträge diktierten Reparationen erarbeiten.

Und das alles nur mit dem Endzweck, seine eigene Knechtschaft und Ausbeutung zu verlängern und zu verstärken.

Die Genfer Sanierung hat denn auch in Oesterreich bald ihr furchtbares Gesicht gezeigt: weiterer Abbau der Beamten, Angestellten und Arbeiter, besonders bei Eisenbahn, Post und Telegraph; ungeheure Ueberlastung und Verlängerung der Arbeitszeit des noch verbleibenden Personals; weitere Stilllegung ganzer Industrien und unerhörte Arbeitslosigkeit; Abbau und Zusammenbruch der Sozialversicherung; Raub und Plünderung der kleinen Rentner und Sparer; Bankrott und Zusammenbruch tausender selbständiger Existenzen von Handwerkern, Händlern, Fabrikanten, Kaufleuten usw.; ungeahnte Steigerung der Leihzinsen; untragbare Erhöhung der Steuern, Zölle und Abgaben; Herabgleiten des Lebensniveaus der gesamten Arbeiterklasse auf die erbärmlichste Hungerration.

Wo Aas ist, da stellen sich auch die Aasgeier ein. Der Aasgeier des Völkerbundes, Zimmermann, kam nicht allein, mit ihm kamen andere. Z. B. Herr Bosel, der sich in wenigen Jahren aus Kriegs-, Inflations- und Sanierungsgewinnen, aus der Not und dem Elend einer zusammenbrechenden Welt ein Vielmillionen-Vermögen ergaunerte und der es in seiner Geschäftspolitik mit der Sozialdemokratie hielt. Ein zweiter war der italienische „Finanzmann“ Castiglioni, den nach seinem vollzogenen „Sanierungen“ die Staatsanwaltschaft fleißig suchte. Dann sei Herr Heinrich Sklarz erwähnt, der Finanzierer der deutschen Konterrevolution in den Spartakuskämpfen, für den ebenfalls der Staatsanwalt, freilich eine Nase lang zu spät, besonderes Interesse bekundete.

Das wilde und unentwirrbare Chaos, die tolle Panik und die unentzifferbaren Rätsel, die im Wirtschaftsleben der Nachkriegszeit vor den Völkern Europas standen, haben in allen kapitalistischen Ländern auf dem Rücken der hungernden, darbenden und verzweifelten Volksmassen eine Bande von Gaunern, Dieben, Betrügern und Räufern entstehen lassen, die in der Toga des Parlamentariers, des Ministers, des hohen und höchsten „Würdenträgers“, umgeben von gerissenen Spitzbuben, sich maßlos bereicherten. Die wildesten Orgien der Korruption, der Bestechung, der Unterschlagung, des Betrugs, der Wechsel- und Urkundenfälschung zählen zur „Sanierung“ in den neuenstandenen „Volksrepubliken“, an denen sich „im Namen des Volkes“ die prominentesten Führer der bürgerlichen Parteien beteiligten.

Die österreichischen Korruptions- und Betrugsskandale sind noch gigantischer als die in anderen Ländern, wenn sie auch in der breiteren Öffentlichkeit weniger bekannt wurden. Hier seien nur die großen Raubzüge der

Seipel-Regierung erwähnt, die aus den Mitteln der staatlichen Postsparkasse und der staatlichen Bodenkreditbank Milliarden durch betrügerische Transaktionen raubte, um die christlichsozialen Agrar- und Genossenschaftsbanken zu „sanieren“. Diese „christlichen“ Genossenschaftsbanken wiederum wurden von so hervorragenden Führern der Christlichsozialen ausgeplündert, wie es jener Landeshauptmann Ahrer war, der, sich dem Zugriff des Staatsanwalts entziehend, mit einem Riesenvermögen nach Südamerika flüchtete.

Aber die Otto Bauer und Genossen durften nicht mit Steinen auf die christlichsozialen Posträuber werfen, da sie selbst im Glashause saßen. Zu gleicher Zeit mit den Ausplünderungen der staatlichen Finanz- und Wirtschaftsunternehmen, konnten die Christlichsozialen den Trumpf ausspielen, daß beim Wiener Dorotheum (städtische Pfandleihanstalt), das unter Verwaltung der Sozialdemokraten steht, die gleichen oder ähnliche Geschäftspraktiken geübt wurden zur „Sanierung“ von sozialdemokratischen Unternehmen. Desgleichen hatten die Sozialdemokraten ihren „Fall Ahrer“, in dem „verdienten“ Genossen Dr. Gruener, der Landeshauptmann-Stellvertreter in Tirol ist und sich als „linker“ Sozialdemokrat so „gesund sanierte“, daß es zu einem öffentlichen Skandal kam, so daß der Reichsparteivorstand ihn abschütteln mußte und von ihm forderte, alle seine Aemter niederzulegen. Als er aber eines seiner „verdienstvollen Werke“, ein vornehmes Schloß mit Grundbesitz, „der Partei zum Opfer“ brachte, was zweifellos für einen „linken“ Sozialdemokraten eine „radikale“ Tat war, wurde er wieder in „Ehren“ angenommen, kam hinfort wieder zu „Ruhm und Würden“ und „sanierte“ weiter. Und ähnlich wie bei den „Sanierungen“ und Liquidierungen der christlichsozialen Unternehmungen, der anrühige Duft der Korruption und dunkler Geschäftsmanipulationen aufstieg, ähnlich zeigten sich die gleichen Erscheinungen bei Liquidierungen der sozialdemokratischen Unternehmen. So wurde bei Liquidierung der „sozialisierten“ Hammerbrotwerke, die der „sozialdemokratische Finanzfachmann“ Bosel übernahm, ein Vertrag abgeschlossen, wonach dem gewesenen Direktor der Hammerbrotwerke, dem sozialdemokratischen Nationalrat Eldersch, eine „Rente“ von 2,1 Milliarden Kronen garantiert wurde. Dieser Fall steht nicht vereinzelt da. Der sozialdemokratische Krankenkassenvorstand Beer wurde nach 10jähriger Tätigkeit „pensioniert“ mit monatlich 14,5 Millionen Kronen „Altersrente“. Der bestqualifizierte Arbeiter in Oesterreich verdient etwa den zwanzigsten Teil dieser Summe. Daß diese Führer der Sozialdemokratie nichts vom Bolschwismus wissen wollen, der die höchsten Staatsbeamten mit dem „lumpigen Arbeitslohn“ eines „gewöhnlichen“ Arbeiters, mit einem Höchstgehalt von 225 Rubel monatlich „abspeist“, kann man ihnen nachfühlen.

Mit solcherlei und ähnlichen Methoden des Raubes, der „gesetzlichen“ und „ungesetzlichen“ Plünderung, der Korruption, der Bestechung und des Betrugs durch staatliche und öffentliche Behörden, „unter Kontrolle und Aufsicht des Völkerbundes“, wurde das arme und zusammengebrochene Oesterreich „sanirt“. Wenn das „am grünen Holze“ der „Staatsautorität“ geschah, was Wunder, daß das ganze öffentliche bürgerliche Leben in der Fäulnis dieser Zustände es als „standesgemäß“ erachtete, die Räuberpolitik nicht nur öffentlich zu verteidigen, sondern auch auf seine Art mitzumachen. So entstanden auf diesem Sumpfe einer verfaulenden Gesellschaft jene Presse-

kanailen, die lediglich dem Zwecke einer regelrechten Piraterie und dem Revolverjournalletum dienen. Ein einziger dieser Piraten verfügt über ein halbes Dutzend solcher Revolverblätter, die nicht für einen bestimmten Leserkreis unterhalten werden, sondern lediglich zu dem Zwecke, um von bekannten Finanzleuten, Parlamentariern, Bankdirektoren, Industriellen, Großgrundbesitzern usw. große Summen zu erpressen, was meist gelang durch Androhung der Veröffentlichung von Familien- oder Geschäftsgeheimnissen, die das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen hatten. Die meisten Bedrohten zahlten gerne, um „den öffentlichen Skandal“ zu vermeiden oder dem Staatsanwalt zu entgehen.

Und auch mit diesen Banditengeschäften beschäftigen sich die „Zeitungen“ aller Parteilager. Der Fall des Chefredakteurs Dr. Weiß vom sozialdemokratischen „Abend“, dessen Prozeß die Revolvermethode dieser Pressekanaille enthüllte, ist kein vereinzelter Fall, und das Gericht hat auch im Urteil gegen Weiß ganz offen ausgesprochen, daß die Erpressung von Schweigegeldern „die übliche Praxis sei und die Entgegennahme solcher Gelder keine Erpressung darstelle, daß sich Weiß nur strafbar gemacht habe, da ihm die Summe, die ihm angeboten wurde, zu niedrig erschien und er eine höhere gefordert habe“. Wie tief muß eine Gesellschaft gesunken sein, bei der die Erpressung zur Praxis der „öffentlichen Meinung“ gehört, und welcher Sumpf von Verbrechen muß in einer bürgerlichen Gesellschaft bestehen, daß sich allein aus dem Verschweigen dieser Verbrechen ein riesiger Apparat von Zeitungen und Literatur „ernähren“ kann — also von dem, was nicht gedruckt wird — und darüber hinaus sich noch Riesenvermögen verdienen lassen.

Das sind nur einige wenige Schlaglichter, die grell genug sind, die sozialen Zustände des „Wiener Gesellschaftslebens“ zu beleuchten, die Zeugnis ablegen von der Fäulnis und dem schmutzigen Sumpf einer untergehenden Welt. Wenn sich dieser Kadaver heute noch aufrecht erhalten kann, dann nur durch den blutigen Terror des Faschismus der Seipel-Regierung und den Verrat der Austromarxisten am österreichischen Proletariat.

*

Die Genfer Sanierung brachte zwar das Ziel, das der Völkerbund im Auge hatte: die Ausbilanzierung des Staatsbudgets; sie brachte aber auch zugleich eine Wirtschaftslage, unter der keine Gesellschaftsklasse auf die Dauer leben konnte. Der Weg der Genfer „Sanierung“ ist gepflastert von Bankrotten und Zusammenbrüchen der Wirtschaftsunternehmen aller Art, und keine Wirtschaftsarten sind davon verschont geblieben, seien es großindustrielle oder großagrarisches Unternehmen, seien es sozialdemokratische oder christlichsoziale Gründungen, seien es Banken oder Fabriken, seien es handwerksmäßige oder kleinbäuerliche Unternehmen, gleichgültig, alle mußten daran glauben ohne Ausnahme. Keine Gesellschaftsklasse blieb verschont. Das war „die wahre Demokratie“ des Bankrotts und des wirtschaftlichen Ruins. Während sich aber die Großbourgeoisie, durch die Beherrschung der Banken und Finanzinstitute, durch Raub des kleinen Besitzes, schadlos hielt, wurden die kleinen Besitzer schonungslos ausgeplündert. Nur eine „Klasse“ blieb von dem allgemeinen Niedergang verschont: die Kirche und die Klöster und jene Raubgebiete der Aasgeier, Leichenfledderer und Erpresserpiraten der sogenannten „öffentlichen Meinung“, die wir schon

kennen lernten, deren Gewerbe und „Unternehmungen“ gediehen wie nie zuvor.

Die Arbeiterklasse konnte ihr Hinabgleiten zum vollkommenen Pauerismus teilweise nur aufhalten durch große, die ganze Industrie oder das Gewerbe umfassende ökonomische Kämpfe. So erlebten wir in der Jahreswende 1924/25 jene großen Lohnkämpfe, die zeitweise das ganze Wirtschaftsleben zum Stillstand brachten. Im September/Oktobre 1924 den Generalstreik der Metallarbeiter, im November 1924 den achttägigen Generalstreik der Eisenbahner, der schon nach wenigen Tagen die ganze Industrie zum Stillstand zu bringen drohte; im Dezember 1924 den Streik des Post-, Telegraph- und Telephonpersonals; im Februar oder März 1925 den Streik der Lehrer der Volks- und Mittelschulen, im Juni 1925 den großen Streik der Bergarbeiter u. a. m.

Doch auch diese mit hervorragender Ausdauer und Disziplin durchgeführten Großstreiks konnten die vollkommene Verelendung eines großen Teiles der Arbeiterklasse nicht aufhalten. Etwa 250 000 bis 300 000, das sind rund 20 Prozent aller Arbeiter, sind dauernd aus dem Produktionsprozeß ausgeschieden. Etwa weitere 100 000 Arbeiter sind abwechselnd und vorübergehend von der Arbeitslosigkeit bedroht.

Die Stagnation der österreichischen Industrie hat eine andere Ursache (Agrarisierung Oesterreichs) und daher einen anderen Charakter als in Deutschland oder in der Tschechoslowakei. Während in diesen Ländern Krise und Konjunktur in den in der Nachkriegszeit in allen kapitalistischen Ländern Europas eigentümlichen kurzen Wellen aufeinander folgen, dabei aber eher eine Tendenz der Steigerung der Produktion aufweisen, ist bei Oesterreich eine bleibende Stagnation der Industrie mit der Tendenz des langsamen aber sicheren Niedergangs der Industrie zu verzeichnen. Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen betrug in Oesterreich im Dezember 1923 98 000, im Dezember 1924 154 000, im Dezember 1925 179 000, im Februar 1926 229 000 und im Februar 1927 310 000. Hierbei sind die ausgesteuerten Arbeitslosen nicht eingerechnet. Den wirtschaftlichen Niedergang, das Sterben der Industrie, konnte die Genfer Sanierung nicht aufhalten, wie man zur Lobpreisung und Rechtfertigung den nicht unterrichteten Massen erzählte, sondern hat ihn nur noch beschleunigt und unerbittlich gestaltet. Das Resultat der Genfer Sanierung für die österreichische Wirtschaft war nur deren vollkommene Abhängigkeit und Bevormundung von der westeuropäischen Hochfinanz. Der Sanierungskommissar des Völkerbundes, Zimmermann, sah 1926 sein Werk als „gelungen“ und ließ das „sanierte“ Oesterreich allein weiterwursteln. Die Genfer Zimmermann-„Sanierung“ sollte aber nicht das Ende der „Sanierungs“-Operationen am Wirtschaftskörper Oesterreichs überhaupt sein. Nach dem Ende der ersten, der Genfer Sanierung, begann alsbald die klerikale Seipel-Regierung ihr eigenes Werk der zweiten, der Seipel-Sanierung.

*

Der für das kleine Land verhältnismäßig großen Industrie fehlt die Rohstoff- und Absatzbasis. Oesterreich ist auf große Einfuhren angewiesen, ohne für seine Produktionsmöglichkeiten ausreichende Märkte zu haben. In den Jahren der Nachkriegszeit blieb seine Außenhandelsbilanz ständig passiv.

Die Außenhandelsbilanz betrug in Milliarden Goldmark: 1922 Einfuhr 1,49, Ausfuhr 0,94; 1923 Einfuhr 1,63, Ausfuhr 0,95; 1924 Einfuhr 2,04, Ausfuhr 1,16; 1925 Einfuhr 1,66, Ausfuhr 1,12; 1926 Einfuhr 1,68, Ausfuhr 1,02. Diese Wirtschaftskurve zeigt, daß die Einfuhr in den Nachkriegsjahren wenig Schwankungen unterworfen war, während die Ausfuhr durch die Auswirkung der Genfer Sanierung (1922—1924) zuerst stieg, dann aber (1924—1926) ständig wieder bergab ging. Die „Staatssanierung“ bedeutet also durchaus keine Wirtschaftssanierung. Das zeigt sich auch auf dem Kapitalmarkt bei den Diskontsätzen. Der Jahresdurchschnittsdiskont betrug in Wien: 1919: 5; 1920: 5; 1921: 5,9; 1922: 7,7; 1923: 9; 1924: 11,6; 1925: 13; 1926: 8, fiel bis Anfang Juli 1927 bis auf 5, um nach dem Aufstand wieder auf 6 zu steigen. Auch hier sieht man dauerndes Steigen der Diskontsätze bis 1925, die in der Hauptsache das Gewerbe und die Kleinindustrie ruinierten. Erst mit der im Jahre 1925 eingetretenen Währungsstabilisierung und Währungsänderung (von Kronen auf Schilling) traten wieder „normale“ Verhältnisse ein.

Die zweite und noch größere, die Seipel-Sanierung, stellte sich zum Ziele, die zusammengebrochene und ruinierte Wirtschaft wieder auf die Beine zu stellen, d. h. allen „erwerbenden“ Gesellschaftsklassen auf Kosten der Arbeiterklasse zu helfen. Hatte die erste Sanierung alle Gesellschaftsklassen empfindlich getroffen und geschädigt, so sollte die zweite Sanierung lediglich die Arbeiterklasse treffen zum Nutzen der übrigen Gesellschaftsklassen.

Der pfäffisch-schlaue Jesuit Seipel verstand es, die Massentimmungen für den reaktionärsten Plunder einer längst vergangenen Welt als nagelneue Entdeckung geschickt auszunutzen. In Oesterreich war, wie in vielen anderen Ländern, der von der internationalen Sozialdemokratie beweihräucherte „demokratische Parlamentarismus“ vor die Hunde gegangen. Unter dem imperialistischen Regime des Völkerbundes und auch unter der Zwangsverwaltung durch den Sanierungskommissar des Völkerbundes über das bankerotte Staatswesen war dem österreichischen Parlament alle wirkliche Macht genommen. Das Parlament wurde eine sinnlose, leer klappernde Mühle, die „Macht“ vortäuschte, aber nicht die geringste besaß. Die Regierung war in keiner Weise an die Beschlüsse des Parlaments gebunden, sie hatte lediglich die Entscheidungen des Völkerbundskommissars durchzuführen. Verfassung und Gesetze waren in Acht und Bann getan, und nur der skrupellose Betrug der Austromarxisten konnte der Oeffentlichkeit vortäuschen, daß das Parlament in den entscheidenden wirtschaftlichen und politischen Fragen eine freie Entscheidungsmöglichkeit hatte.

Die Regierung Seipel piffte denn auch reichlich auf Verfassung und Gesetze und hat bei all ihren Maßnahmen über die Verfügung der Staatsgelder zu Parteizwecken, die verfassungsmäßigen Bestimmungen über Budget- und Bewilligungsrecht durch die Finanzkommission und durch das Parlament ohne viel Federlesens ausgeschaltet. Für die Drohungen der Austromarxisten mit Anklagen der Minister und mit der Berufung auf Ministerverantwortlichkeit hatte die Regierung nur zynischen Hohn und Spott.

Diese Ohnmacht und der Bankrott des Parlamentarismus blieb den breiten Massen trotz aller Lobeshymnen der Sozialdemokratie auf den „demokratischen Parlamentarismus“ kein Geheimnis, und diese Diskreditierung des Parlamentarismus und die Enttäuschung der breiten Massen nutzte nun dieser schlaue Reaktionär Seipel weidlich aus. Die Proklamation des

„Ständeparlaments“ ist das Programm des internationalen Faschismus. Und so, wie die Seipel-Regierung durch Organisation der faschistischen Banden und mit der Durchdringung des Beamtenheeres des gesamten Staatsapparates den Faschismus von unten aufzubauen trachtete, will sie als Krönung der faschistischen Herrschaft an Stelle des Scheinparlaments „ohne langwierige Verfassungsänderung“ das „Ständeparlament“ „in den Mechanismus der Gesetzgebung einschalten“. Wahrhaft ein Gedanke, „der vorbildlich ist für andere Länder“, wie Seipels Organ, die „Reichspost“ schrieb.

Alles das zeigt, wie die christlichsoziale Regierung nicht nur auf die vollkommene ökonomische und soziale Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiterklasse mit aller Kraft hinarbeitet, sondern wie sie genau so die vollkommene politische Entrechtung der Arbeiterklasse anstrebt. Durch die Beseitigung des Parlaments oder die Verwandlung des Parlaments in eine „Redekammer“ und Uebertragung aller parlamentarischen Rechte auf eine „in die Gesetzgebung eingeschaltete Ständekammer“, in der der Großgrundbesitz, die Bankdirektoren und Industriellen als die „Erwerbsstände“ herrschen, sollen die letzten, lächerlich geringen politischen Rechte, die die Arbeiterklasse noch besitzt, vollkommen beseitigt werden. Erst wenn auf diese Art die Arbeiterklasse politisch mundtot gemacht ist, ist die Bahn frei für die vollkommene wirtschaftliche und soziale Knebelung und Unterwerfung zur schrankenlosen Ausbeutung der Arbeiter. Das ist der große Kriegsplan Seipels.

*

Die reaktionären Staatsstreichpläne der Seipel-Regierung waren nicht auf Oesterreich beschränkt. Schon die Tatsache, daß bei den zahlreichen Konferenzen mit Seipel zur Vorbereitung des Staatsstreiches und der konterrevolutionären Rüstungen im ganzen Lande, bei den Gründungen und der Organisation der faschistischen Kampfverbände, so hervorragende Organisatoren der Konterrevolution aus anderen Ländern, wie der Graf Lerchenfeld und Forstrat Escherich aus Bayern, der Generalsekretär des italienischen Faschismus, Marzio, der ungarische Faschistenführer Graf Tolezki, und der Liebknecht-Luxemburg-Mörder Pabst mitwirkten, beweist, welch weitgehende Unterstützung die Seipel-Regierung von der gesamteuropäischen Konterrevolution hatte.

Besonders anfeuernd und fördernd trieb die Seipel-Regierung auf diese Bahn der wiederholt auftauchende Gedanke eines starken konterrevolutionären Staatenbundes der neu zu bildenden „Donaumonarchie“. Die Donaumonarchie sollte, unter klerikaler Herrschaft und mit dem Segen des Papstes ausgestattet, dem „tausendjährigen bewährten Zepter der Habsburger Dynastie“ wieder zur Herrschaft verhelfen und sollte vor allem Bayern, Oesterreich, Ungarn und Rumänien zu einem Staatenbund vereinigen. Ein solcher Staatenbund mit durchweg römisch-katholischer Bevölkerung, der obendrein nicht belastet ist mit den „fremdstämmigen“ Slaven der alten Habsburger Monarchie und der nur vereinigen sollte die bayrischen mit ihren wesens- und stammesverwandten ungarischen und rumänischen Bojarengeschlechter, war der Traum des päpstlichen Höflings Seipel, der nicht nur die alte Habsburger Kaiserherrlichkeit in Wien wieder erstehen sah, sondern zugleich damit den verblassenden Stern der immer einflußloser werdenden katholi-

schen Kirche einen neuen Strahlenkranz verleihen wollte. Diese Idee des Donaustaates stellten die Christlichsozialen mit zäher Ausdauer der von der Sozialdemokratie propagierten Idee des Anschlusses Oesterreichs an Deutschland gegenüber.

Das imperialistische Bündnis zwischen England und Italien, das den Einfluß Frankreichs, das den Donaumonarchie-Gedanken im Hinblick auf die Zerstückelung Deutschlands forderte, auf dem Balkan und in Mitteleuropa zurückdrängte, das neuerliche Bündnis Mussolinis mit Horthy und Bratianu, hat den Donaustaatsgedanken zwar zurückgedrängt, aber keineswegs liquidiert. Seipels gesteigerte konterrevolutionäre Rüstungen, wie wir sie bereits aufgezeigt haben, beweisen, mit welcher Zähigkeit dieser Pfaffe an seiner Idee der „Welterlösung“ festhält.

Die Furcht Mussolinis vor einem wiedererstehenden Habsburger Kaiserreich, das den Hegemoniebestrebungen des italienischen Imperialismus besonders auf dem Balkan gefährlich würde, ist zweifellos. Aber das gemeinsame Ziel Mussolinis und Seipels, in Mitteleuropa einen starken konterrevolutionären Block zu schaffen, verbindet diese beiden Erzfeinde der Arbeiterklasse und der Arbeiterbewegung wiederum nicht minder, als ihre gegenseitige Furcht voreinander im Kampfe um die Vorherrschaft in Mitteleuropa sie trennt. Das erklärt auch die Möglichkeit, warum Seipel mit dem Oberfaschisten Marzio konferieren kann, ohne auf den empörenden Protest seiner Tiroler Glaubensgenossen zu stoßen, die Mussolini und seine Trabanten wegen der geraubten Gebiete Deutschtirols als den Landesfeind ansehen. Ähnlich liegen die Dinge an der ungarischen Grenze, im Burgenlande, wo unter Duldung der Seipel-Regierung durch die bei Oedenburg über die Grenze kommenden „Erwachenden Ungarn“ offener Landesverrat gepredigt werden kann mit dem Ziele, das durch den Friedensvertrag von St. Germain Oesterreich zugeteilte Burgenland an Ungarn zurück zu „erobern“.

So konnten Wiener Zeitungen, wie die Wiener „Rote Fahne“, der „Abend“ und andere wochenlang berichten, wie aus Ungarn zahlreiche Waffentransporte über die Grenze nach dem Burgenland kommen, die auf den großen Gütern der ungarischen Adelligen untergebracht werden. Waffentransporte, die die österreichischen Grenzwachposten und Gendarmeriestationen im Burgenland beschlagnahmten, mußten sie auf Geheiß der Seipel-Regierung wieder freigeben. Italienische Faschisten, die in Tirol, oder ungarische „Erwachende“, die im Burgenlande oft scharenweise über die Grenze kommen, um entweder Propaganda zu treiben oder, was noch häufiger geschieht, harmlose Einwohner der Grenzgebiete bewaffnet zu überfallen, werden bei Festnahme durch die Polizei, Gendarmerie oder Grenzposten jeweils sofort auf Anordnung der Seipel-Regierung wieder auf freien Fuß gesetzt. Das geschieht sogar nach den blutigsten Zusammenstößen und den frechsten Ueberfällen auf die Bevölkerung. So tut Seipel alles, um sich seinen konterrevolutionären Bundesgenossen gefällig zu erweisen.

Der bewaffneten Konterrevolution und ihren Bestrebungen der monarchistischen Restauration kann nur eine Macht entgegengestellt werden: das so vorzüglich organisierte, disziplinierte und kampfbereite Proletariat Oesterreichs. Die österreichische Arbeiterschaft verfügt über eine entscheidende Macht, die, wenn sie zum Kampfe organisiert, vorbereitet und bewußt

geführt wird, alle konterrevolutionären Absichten und Ziele zu Schanden macht, jeden konterrevolutionären Widerstand mit Leichtigkeit bricht. Die Voraussetzung des Erfolges im Kampfe des Proletariats gegen die faschistische Konterrevolution ist der Wille zur Führung des Kampfes. Wie steht es aber damit? Die österreichische Arbeiterklasse folgt — bis zur Stunde — in all ihren wirtschaftlichen und politischen Kämpfen nahezu restlos der Sozialdemokratie. Wie steht die österreichische Sozialdemokratie zu den großen politischen Zielen der österreichischen Christlichsozialen, eine Donaumonarchie zu schaffen? Die Christlichsozialen propagieren nicht nur dieses Ziel oder versprechen dieses Ziel durch eine „Volksabstimmung“ herbeizuführen, sondern sie verkünden ganz offen die Absicht, mit ihren Banden für dieses Ziel mit der Waffe in der Hand zu kämpfen. Was setzt die Sozialdemokratie dieser Tatsache, die durch zahlreiche Belege erwiesen ist, entgegen? Die Losung „Anschluß an Deutschland!“ Was tut sie, um diese Losung in die Tat umzusetzen? Sie läßt Herrn Loebe reden, etwas anderes hat sie den „durchschlagenden“ Argumenten der Gewehre und Maschinengewehre, die die christlichen Donaumonarchisten ins Feld führen, nicht entgegenzusetzen. Glaubt auch ein einziger österreichischer Arbeiter, daß die Reden von Otto Bauer stärkere Beweiskraft haben, als die Kugeln der Faschisten? Wer das glaubt, hat wirklich aus der großen Tragödie des österreichischen Proletariats, von Schattendorf bis zum Justizpalast, nichts gelernt. (Schluß folgt)

K. S.:

DIE ENTWICKLUNG DER MILITÄRFRAGE UND DIE STELLUNG DES MARXISMUS- LENINISMUS

II. Teil

Die Erfahrungen der Kriege und Revolutionen des XIX. Jahrhunderts

Im folgenden wollen wir eine bloß skizzenhafte Darstellung geben, wie sich Marx und besonders Engels in den konkreten, geschichtlichen Ereignissen des XIX. Jahrhunderts zur Militärfrage gestellt haben.*

a) Die deutsche Revolution 1848/49

Das am Vorabend der Revolution (November 1847) geschriebene „Kommunistische Manifest“ enthält zwar eine Kennzeichnung des proletarischen Klassenkampfes als eines „mehr oder minder versteckten Bürgerkrieges“, der an einem bestimmten Punkt in die Revolution, d. h. den offenen Bürgerkrieg übergeht, — aber noch nichts über seine militärische Seite. Auch in den „Uebergangsregeln“ nach Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat findet sich kein auf die Militärfrage bezüglicher Punkt. Anders in den ein halbes Jahr später — nach Ausbruch der März-

* Wir haben uns genötigt gesehen, starke Kürzungen vorzunehmen. D. Red.

revolution — von der Zentralbehörde des Kommunistenbundes beschlossenen „Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland“.*

Hier figuriert als vierte Forderung — nach der „einigen, unteilbaren Republik“ und der „Besoldung der Volksvertreter“ — die „**a l l g e m e i n e V o l k s b e w a f f n u n g**“.

In ihrer allgemeinen Form war diese letzte Forderung (wie das zitierte Dokument überhaupt) berechnet auf die **e r s t e** Phase der Revolution, in der die Arbeiter in Deutschland im Strome (und z. T. an der Spitze) der revolutionären Demokratie und im Bündnis mit der liberalen Bourgeoisie gegen den Absolutismus und Feudalismus vorgingen. Nach der Pariser Junischlacht 1848 hatte sich die deutsche Bourgeoisie erschreckt in die Arme des Absolutismus geflüchtet. Der Fall Wiens, die Niederwerfung der Maiaufstände 1849 im Gefolge der „Reichsverfassungskampagne“ und die Niederwerfung der ungarischen Revolution durch die Truppen des Zaren, haben dann diese erste Periode der Revolution endgültig abgeschlossen. Aber der Sieg der Reaktion war — wie Engels in der zitierten Einleitung sagt — noch keineswegs endgültig. Es galt, die revolutionären Kräfte — und das war das Proletariat plus Kleinbürgertum und Bauernschaft (die liberale Bourgeoisie war mit dem Absolutismus verbunden) — neu zu organisieren, ihnen Verhaltensmaßregeln zu geben und dabei die Lehren der ersten Revolutionsperiode zu berücksichtigen.

Die Mitglieder der Zentralbehörde des Kommunistenbundes hatten sich inzwischen wieder in London eingefunden, von wo im März 1850 die von Marx und Engels redigierte „**A n s p r a c h e a n d e n B u n d**“ erlassen wurde. Dieses Dokument — dessen Aktualität Engels noch 1885 (im Hinblick auf die Rolle des Kleinbürgertums) besonders unterstreicht — bestimmte politisch das Verhältnis der Arbeiterpartei zur kleinbürgerlichen Demokratie in der nächsten Welle der deutschen Revolution (auf die Marx und Engels damals noch rechneten). 1848/49 seien die Arbeiter ins Schlepptau der kleinbürgerlichen Demokratie geraten: in der nächsten revolutionären Welle müsse die Arbeiterpartei „möglichst organisiert, möglichst einstimmig, möglichst selbständig auftreten“, sie gehe wohl mit der kleinbürgerlichen Demokratie zusammen gegen den Feudalismus und die mit ihm verbündete liberale Bourgeoisie, „tritt ihnen aber gegenüber in allem, wodurch sie sich für sich selbst festsetzen wollen“. (S. 129.) Aus dieser **p o l i t i s c h e n** Linie eben ziehen Marx und Engels, (wie es in revolutionären Zeiten nötig) sofort die **m i l i t ä r i s c h e** Konsequenz:

„Die Bewaffnung des ganzen Proletariats mit Flinten, Büchsen, Geschützen und Munition muß sofort durchgesetzt, der Wiederbelebung der alten, gegen die Arbeiter gerichteten Bürgerwehr, muß entgegengetreten werden. Wo dies letztere aber nicht durchzusetzen ist, müssen die Arbeiter versuchen, sich selbständig als proletarische Garde, mit selbstgewählten Chefs und eigenem selbstgewählten Generalstabe zu organisieren und unter Befehl, nicht der Staatsgewalt, sondern der von den Arbeitern durchgesetzten revolutionären Gemeinderäte zu treten. . . . Die Waffen und die Munition dürfen unter keinem Vorwande aus den Händen gegeben werden (jeder Entwaffnungsversuch muß nötigenfalls mit Gewalt vereitelt werden).“

Vielleicht wird jemand aus diesem Zitat schließen, Marx und Engels

* Siehe die Einleitung von F. Engels zu den „Enthüllungen über den Kommunistenprozeß von Karl Marx, Neuausgabe Berlin 1914, Seite 41.

hätten für das damalige Deutschland (wie heute die „Ultralinken“ und die Opposition in der WKP für China) aus Aerger über den Verrat der liberalen Bourgeoisie die „Verkündigung“ der proletarischen Revolution gefordert (denn darauf laufen ja die auf dem letzten Plenum des EKKI vorgebrachten Vorschläge des Genossen Trotzki hinaus). Aber dies wäre ein völliges Mißverständnis. Die obige Forderung der Bewaffnung des Proletariats bedeutete nicht den Uebergang zur proletarischen Revolution, sondern bloß eine Konkretisierung der 1848 ausgegebenen Losung „allgemeine Volksbewaffnung“ für eine neue Etappe der demokratischen (d. h. bürgerlichen) Revolution. Dies geht nicht nur aus dem ganzen Dokument hervor, aus dem das Zitat entnommen ist, sondern auch aus diesem Zitat selbst: nur wo eine auch auf das ganze Proletariat ausgehende Volksbewaffnung (anstelle der bloßen Bürgermilizen) nicht durchzusetzen sei, sollten die Arbeiter eine selbständige proletarische Garde schaffen. Marx hat damals für Deutschland, trotz Aenderung der Taktik, konsequent an der strategischen Grundlinie der demokratischen Revolution festgehalten. Dies geht auch hervor aus der Tatsache, daß Marx 1852 in seiner Schrift „Enthüllungen über den Kommunistenprozeß zu Köln“* seinen Gegensatz zu der Fraktion Willich-Schaper eben damit erklärt, daß diese die (für Frankreich nach der Junischlacht theoretisch berechnete) Strategie der proletarischen Revolution auch auf Deutschland anwenden wollten.

Fassen wir zusammen: Marx und Engels haben diese Losungen der allgemeinen Volksbewaffnung und der Bewaffnung des Proletariats als unmittelbare revolutionäre Maßnahme im Kampfe gegen den Feudalismus und Absolutismus verstanden, nicht aber als Spekulationen über eine ideale Miliz. Und ebenso nicht als die Lösung des Problems der Wehrverfassung der erstrebten deutschen Republik oder Festlegung der Organisation der künftigen Revolutionsarmee. Marx und Engels gingen dabei von den Erfahrungen der großen französischen Revolution in der Militärfrage aus.

Aber diese Erfahrungen hatten nicht nur gezeigt, daß die Volksbewaffnung in Form revolutionärer Volksmilizen unter den gegebenen Verhältnissen nicht so sehr militärische Bedeutung nach außen wie politische Bedeutung nach innen hat. Sie hat außerdem gezeigt, daß für die wirkliche Durchsetzung der Bewaffnung der breiten Massen der revolutionäre Krieg gegen den europäischen Absolutismus eine entscheidende Rolle spielte. Dieser Krieg hat den mehr oder minder revolutionären Klassen ein gemeinsames Ziel, den „allgemeinen Vorwand“ zur völligen Vernichtung des Absolutismus und zur Bewaffnung der Bauern gegeben, hat die Jakobiner an die Macht gehoben und die Revolution bis zu der Höhe weitergetrieben, die sie unter dem Konvent erreichte. „Die innere Umwälzung — schreibt Marx in einem Artikel vom 27. Oktober 1854 — wurde gefördert durch die Notwendigkeit, äußere Angriffe abzuwehren.“ Marx und Engels haben diese Lehre auf die 1848er deutsche Revolution angewendet, indem sie, im Namen der „radikalen Demokratie“, den Krieg gegen den Zarismus forderten. Diese Losung ist von größter Bedeutung für das Militärprogramm des Marxismus in der Revolution 1848/49 und den folgenden Jahrzehnten.

* Berlin 1914, S. 100.

(Auch für den nationalen Krieg gegen Dänemark sind Marx und Engels energisch eingetreten.)

Die regulären Armeen in Oesterreich und Preußen waren (wie Engels in seinen Artikeln „Revolution und Konterrevolution in Deutschland“ in der „New York Tribune“ hervorhebt) die entscheidenden Stützen der Konterrevolution. Nach der Junischlacht in Paris versuchte man auch in Preußen „die Truppen in den neuen Manövern und Kunstgriffen einzuexerzieren, die Cavaignac gelehrt“. (S. 70.) Es gelang tatsächlich, „diese Armee beständig in kleine Konflikte mit dem Volke zu bringen, um es dann mit einem entscheidenden Schlage zu zermalmen“. Trotzdem verlangte Engels damals nicht (wie viele kleinbürgerliche Demokraten) die völlige Abschaffung der regulären Armeen und Ersetzung durch eine Miliz („Bürgerwehren“ usw.). Wohl verlangte er revolutionäre Milizen zum Kampf gegen die Armeen (und kämpfte sogar im Frühjahr 1849 in der Pfalz mit — trotz der kleinbürgerlichen Führung dieses Aufstandes), aber er zeigt — z. B. anlässlich der Erstürmung Wiens — klar die Ueberlegenheit der gut bewaffneten und exerzierten Linientruppen über die improvisierten Milizen der Revolutionäre und — das ist der entscheidende Punkt — er ~~schließt nicht aus die Umformung der bestehenden Armeen in Instrumente der Revolution.~~ Dies wäre in der ersten Zeit vielleicht z. T. möglich gewesen durch einschneidende Reformen im Kommandobestand und Offizierskorps (Engels kritisiert die liberalen Regierungen 1848, daß sie die Armeen unangetastet ließen, worauf sie später selbst von ihnen davongejagt wurden), später nur durch Abspaltung von größeren Truppenkörpern von ihnen und Vereinigung mit den revolutionären Volksmilizen. Die Symptome einer solchen Entwicklung konstatiert Engels anlässlich der sogenannten „Reichsverfassungskampagne“ im Frühjahr 1849 in Süddeutschland: dort wurde das Militär von den Revolutionären intensiv bearbeitet, in Baden verjagt die Armee im Verein mit dem Volke den Großherzog und errichtet eine provisorische Regierung, die preußische Landwehr im Rheinland und in Westfalen weigert sich, auszumarschieren, stürmt die Zeughäuser und bewaffnet sich zum Schutze der Reichsverfassung. Gerade diese Entwicklung der bestehenden militärischen Kräfte, die Errichtung einer Revolutionsarmee aus diesen Kräften, sollte der nationale Krieg gegen den Zarismus entscheidend fördern.

Die beißende Kritik, die Engels (in derselben Artikelreihe) an der damaligen deutschen Zentralgewalt übt, der Frankfurter Nationalversammlung, gibt auch einige Gesichtspunkte, wie er sich eine solche Revolutionsarmee vorstellte. Was sollte diese Versammlung tun? Engels schreibt:

„... endlich mußte sie sofort ... eine kraftvolle, rücksichtslose Exekutivgewalt schaffen, ... alle zu ihrer Verfügung stehenden Streitkräfte in einen geschlossenen Körper organisieren (gesperrt von mir. K. S.), kurz, rasch und ohne Zaudern jedes verwendbare Mittel ausnützen, um ihre Stellung zu stärken und die ihrer Gegner zu schwächen.“ (S. 11.)

Dies alles läßt vermuten, daß Engels die Militärfrage der deutschen Revolution 1848 — wenn es soweit gekommen wäre — wahrscheinlich in ähnlicher Art gelöst hätte, wie Dubois-Crancé die der französischen Revolution, durch Verschmelzung der revolutionären Milizen mit den für die Revolution gewonnenen Teilen der alten Armee. Dafür sprechen auch seine — aus den

Revolutionskriegen 1808 (Spanien) und 1849 (Süddeutschland, Ungarn) gezogenen taktisch-strategischen Schlüsse, die er anlässlich des russisch-türkischen Krieges in einem Artikel in der „New-York Tribune“ vom 15. November 1853 (Rjazanov, „Ges. Schriften“, Bd. 1, Seite 293) über die Aussichten der z. T. irregulären türkischen Armee gegen die Russen in Asien folgendermaßen zusammenfaßt:

„Die Unterstützung durch eine reguläre Armee ist heutzutage unbedingt notwendig zur Führung jedes irregulären oder Insurrektionskrieges gegen eine mächtige reguläre Armee.“

Jedenfalls aber widerlegt all dies die blöde Behauptung Schippels in der Debatte mit Kautsky (1898, „Neue Zeit“), auch Engels habe 1848 für das „Bürgergardistenideal“ geschwärmt.

b) Die preußische Militärfrage in den 60er Jahren

Die Stellung von Marx und Engels zu der allgemeinen deutschen Situation in den 60er Jahren bezeichnet ein Satz, den Marx (23. August 1866) an Kugelman geschrieben hat:

„man müsse die Dinge nehmen wie sie sind, d. h. das revolutionäre Interesse in einen veränderten Umständen entsprechenden Weise geltend machen.“

Welches waren die veränderten Umstände? Nun, vor allem die Folgen der Niederlage der Revolution, die Schwäche der Arbeiterbewegung, zugleich aber die neue Rolle Preußens in der Frage der Einigung Deutschlands. Und worin bestanden die „entsprechenden“ Veränderungen der revolutionären Politik von Marx und Engels? Keineswegs in der Aenderung des grundlegenden **s t r a t e g i s c h e n** Zieles: dieses blieb wie 1848 die Durchführung der demokratischen Revolution. Wohl aber wurden der konkrete Plan und die **T a k t i k** geändert. An die Stelle des bewaffneten Aufstandes der revolutionären Demokratie gegen die Regierungen und die mit ihnen verbündete liberale Bourgeoisie (bzw. als nächste Etappe **v o r** ihn) trat in diesem entsprechend veränderten Feldzugsplan das Vorwärtstreiben der Bourgeoisie (speziell der preußischen) in dem von ihr proklamierten objektiv revolutionären Kampf gegen den Feudalismus, für die Einheit Deutschlands und zugleich damit die revolutionäre Ausnützung der neuen „deutschen“ Großmachtspolitik des preußischen Staates.

Was den letzten Punkt betrifft, so waren Marx und Engels damals (Anfang der 60er Jahre) der Meinung, daß unter gewissen Umständen, d. h. von einer revolutionär - demokratischen Volksbewegung vorwärts getrieben, Preußen in Deutschland die Rolle Piemonts in Italien spielen könnte. Diese Rolle bedeutete konkret eine **m i l i t ä r i s c h e** Rolle Preußens, sowohl im Kampfe gegen Napoleon III. und den Zaren, die beiden **a u s w ä r t i g e n** Unterdrücker Deutschlands, als auch im Kampfe gegen die **i n n e r e** Zerrissenheit, die Dutzende halbfeudaler Fürstentümer.

Wenn wir sagen „der“, so meinen wir natürlich nicht „dieser“ preußische Staat. Diese revolutionäre Rolle hat Marx nicht dem preußischen Absolutismus und Junkertum, sondern der preußischen **B o u r g e o i s i e** zugeordnet. Es handelt sich also darum, diese Bourgeoisie zu entscheidenden Schritten, zur nachdrücklichen Ergreifung der Staatsgewalt anzuspornen. Bedeutet eben die Ergreifung der Staatsgewalt durch das Proletariat in jedem

Fall Revolution, d. h. die gewaltsame Zerstörung der bestehenden Staatsmaschinerie, so die Ergreifung der Staatsgewalt durch die Bourgeoisie nicht immer. Die Bourgeoisie kann sehr wohl den bestehenden Staatsapparat im revolutionären Interesse umbauen (sie hat dies faktisch überall, auch in der großen französischen Revolution getan) und sie kann sich auch ohne Gewalt auf dem Wege ihrer ökonomischen Macht, d. h. durch mehr oder minder direkten Kauf in Besitz dieses Apparates setzen. In dieser Richtung wog die Rolle, die Marx damals der preußischen Bourgeoisie zuschrieb. Dies schien damals — bei der Schwäche des Proletariats und dem Fehlen einer Agrarrevolution — die nächste Etappe zur Auslösung einer revolutionär-demokratischen Massenbewegung, in dieser Richtung mußte die „Arbeiterpartei“ die Bourgeoisie vorwärtstreiben.

Wir wollen nur nebenbei bemerken, daß die Politik von Marx und Engels der preußischen Bourgeoisie gegenüber in den 60er Jahren, trotz aller grundlegenden Verschiedenheiten in der konkreten Lage, gewisse Vergleiche mit der Politik der Komintern gegenüber der chinesischen Bourgeoisie zuläßt. Es wäre eine dankbare Aufgabe, einen solchen Vergleich zu ziehen. Hier kann dies natürlich nicht geschehen.

Der konkrete Anlaß der Engelsschen Broschüre war der sogenannte „Verfassungskonflikt“ zwischen der liberalen Bourgeoisie der preußischen Kammern und der feudalen Regierung in der Frage der Reorganisation der Armee. Die preußische Regierung hatte eine Wehrvorlage eingebracht, die so ziemlich eine Verdoppelung der Armee bedeutete und mit der allgemeinen Wehrpflicht, die seit den Befreiungskriegen eigentlich nur auf dem Papier gestanden hatte, ein wenig Ernst zu machen versuchte. Die liberale Opposition, statt diese Wehrvorlage zu benutzen, um durch das Mittel des Budgetrechtes Einfluß auf die Armee zu gewinnen, statt die wirkliche Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht zu erzwingen, um die Armee zu demokratisieren, hatte sich unter Versteifung auf Nebensächlichkeiten (so verlangte sie als „Vorbedingung“ die zweijährige Dienstzeit) geweigert, die Wehrvorlage zu akzeptieren. Sie war auf diesem Wege in einen schweren Konflikt mit der Regierung geraten, in dem sie weder vorwärts noch zurück konnte, ohne eine Niederlage zu erleiden und sich zu blamieren. Warum werden wir gleich sehen.

Die Engelssche Broschüre zerfällt in drei Teile: im ersten stellt Engels den Standpunkt der regierenden Feudalpartei dar, die er scharf angreift. Im zweiten Teil wird der Standpunkt der liberalen Bourgeoisie dargestellt und kritisiert, im dritten die Linie der Arbeiterpartei herausgearbeitet. (Nebenbei: Marx hat in einem Brief an Engels, in dem er diese Broschüre kritisiert, bemerkt, daß die „Rolle des Landvolkes“ zu wenig behandelt sei.) Die entscheidende Losung der Broschüre ist: vollkommene Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht.

Uns interessiert hier vor allem der zweite Teil. Hier sagt Engels der liberalen Bourgeoisie ganz offen: die Militärreform der Regierung ist vom militärischen Standpunkt richtig, sie dehnt die Wehrpflicht wenigstens etwas aus. Und die Verstärkung der Armee? — Sicher ist sie für die Regierung ein Mittel zu Staatsstreichen — aber sie ist trotzdem die Voraussetzung eben der patriotischen Ziele, die ihr liberale preußische Bourgeois erstrebt,

nämlich die Einigung Deutschlands durch Preußen! Freilich aber müßt ihr dazu mit einer bürgerlich-revolutionären Politik Ernst machen, diese Armee euren Zwecken anpassen und unterwerfen.

Was kann — meint Engels — die preußische Bourgeoisie tun? Sie kann sich entweder mit den Arbeitern verbinden und den Feudalismus gewaltsam stürzen — das will sie nicht, dazu ist sie zu feig. Oder aber — sie kann wenigstens ihre eigenen bürgerlichen Interessen auf Grund ihrer vorhandenen ökonomischen Macht und günstigen Gelegenheit gegen die Regierung durchsetzen, kurz gesagt, durch ein Geschäft: für die Bewilligung der Militärvorlage — wirkliche Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht, Demokratisierung der Armee, parlamentarische Kontrolle der Armee. Der tatsächlich von der liberalen Bourgeoisie eingenommene Standpunkt aber ist völlig unsinnig, sogar von ihrem eigenen Klassenstandpunkt aus, er erklärt sich nur aus der jämmerlichen Feigheit dieser Bourgeoisieklasse. Engels verspottet und verhöhnt die preußischen Liberalen, daß sie einerseits zu feig, mit dem Proletariat zusammen den Absolutismus zu stürzen, andererseits wieder zu feig sind, die Konsequenz daraus zu ziehen und wenigstens der Regierung die nötigen Mittel zu bewilligen, wenn diese einmal etwas tut, was eigentlich im Interesse dieser Bourgeoisie selbst liegt (oder doch zum Anlaß genommen werden kann, ihre eigenen Interessen durchzusetzen).

So verhöhnt Engels die feige liberale Bourgeoisie.* Aber diese Verhöhnung ist nicht etwa Selbstzweck, sie will nicht bloß gute Witze produzieren — so würde es nach der Kautskyschen Interpretierung (1898) dieser Broschüre aussehen — sondern sie will diese Bourgeoisie vorwärts-treiben gegen den Feudalismus, auf dem Wege ihrer eigenen Pläne der Einigung Deutschlands, deren Durchführung aber auch für das Proletariat von Vorteil ist, eine proletarische Massenbewegung auslösen kann usw. Kurz, wir sehen, es ist dies eine taktische Maßnahme im Rahmen der Strategie der bürgerlich-demokratischen Revolution. Wenn Max Schippel 1898, anläßlich des ersten Vorstoßes der deutschen Revisionisten, diese Taktik auf den deutschen Imperialismus, also nicht der liberalen Bourgeoisie von 1865, sondern der imperialistischen Bourgeoisie von 1898 gegenüber anwendet, so war dies eine jener bewußten frechen Verdrehungen und Fälschungen, die wir an der heutigen Sozialdemokratie sehr gut kennen. Darüber lohnt sich nicht zu reden. Interessanter aber ist, wie Kautsky ihm damals erwidert:**

Er versteht den entscheidenden Punkt, die marxistische Strategie in der demokratischen Revolution nicht, er vertuscht daher Stellen, die auch ihm selbst scheinbar anstößig scheinen (interessant ist die Kontrolle der Auslassungen aus den Zitaten, die meist eben solche Stellen über die Taktik in der demokratischen Revolution betreffen), setzt die Bedeutung der Broschüre herab usw. So stellt es Kautsky so dar, als ob Engels im ersten Teil der Broschüre vom „rein militärischen“ Standpunkt, als bloßer „Militärfachmann“, im zweiten aber rein vom Standpunkt der Bourgeoisie gesprochen

* Ich bin leider, da momentan infolge Sperrung der Bibliothek kein Exemplar der heute sehr seltenen Broschüre aufzutreiben ist, gezwungen, aus dem Gedächtnis und einigen unvollständigen Notizen zu zitieren.

** „Neue Zeit“, XVII; I. Bd., S. 618, 644, 686.

habe und daß eigentlich die Arbeiterpartei gar nichts weder mit diesem noch mit jenem zu tun habe. Das ist nonsens. Engels hat wohl in jenem Teile der Schrift nicht die Politik des Proletariats selbst vorgezeichnet, sondern die Politik (und Militärpolitik) der Bourgeoisie. Er hat es nicht getan vom unmittelbaren Klassenstandpunkt des Proletariats, wohl aber im Namen des Proletariats und von dessen Standpunkt als Hegemon auch in der bürgerlichen Revolution. Das deutsche Proletariat hat diese Rolle praktisch nicht gespielt, doch Engels hat sie theoretisch vorweggenommen. Er hat — wie er ausdrücklich erklärt — der Bourgeoisie nicht mehr zugemutet als ihre eigenen Klasseninteressen zu vertreten, aber er hat versucht, sie dabei zu leiten, im Namen des Proletariats und im Interesse der demokratischen Revolution gegen den Absolutismus. Und dies in demselben Sinn, in dem Lenin in „Was tun?“ (1902) sagt, die Sozialdemokraten müßten „die aktive Tätigkeit aller Oppositionsschichten leiten und ihnen ein positives Aktionsprogramm diktieren“. Dies versteht Kautsky 1898 nicht, wie es später alle Menschewiken nicht verstanden haben. Aber gerade dieses Unverständnis schwächt seinen Kampf gegen den Revisionisten Schippel und ist eine der Wurzeln seines eigenen späteren Uebergangs zum Revisionismus.

Kommen wir zum Schluß: in dieser Lage Preußens, in den 60er Jahren, war die „allgemeine Wehrpflicht“ — die damals nur in Preußen und auch dort nur auf dem Papier existierte — eine revolutionäre Parole, viel revolutionärer als alle Milizpläne der demokratischen Kleinbürger zusammen. Daher weist Engels diese verächtlich zurück. Ja sogar die Frage der Verkürzung der Dienstzeit auf zwei Jahre lehnt er ab, j e t z t in den Mittelpunkt zu stellen. Es ist verständlich, daß er dafür von der kleinbürgerlichen Demokratie (deren militärischer Fachmann Rüstow war und die aus demselben Anlaß eine breite Milizagitation aufgezogen hatte) aufs heftigste als Reaktionär angegriffen wurde, sicher nicht weniger heftig als noch vor kurzem gewisse Sozialdemokraten die Taktik der Komintern in China als „reaktionär“ angegriffen haben. Auch damals fehlten in dem Chor die Anarchisten nicht, die, wie heute die Ultralinken — mit der kleinbürgerlichen Demokratie gegen den Marxismus zusammengingen. Die Geschichte wiederholt sich und unsere „Opposition“ darf sich nicht einbilden, originell zu sein.

Zum Schluß stellt Engels die Linie der Arbeiterpartei fest. „Die Frage, wie viel Soldaten der preußische Staat braucht, um als Großmacht fortzueexistieren, ist dem deutschen Proletariat gleichgültig . . .“ Dessen Gesichtspunkt in der militärischen Frage ist: daß möglichst viel Arbeiter im Gebrauch der Waffen geübt werden.

„Die Bourgeoisie kann ihre politische Herrschaft nicht erkämpfen, diese politische Herrschaft nicht in einer Verfassung und Gesetzen ausdrücken, ohne gleichzeitig dem Proletariat Waffen in die Hand zu geben.“ Dabei ist es „das Interesse der Arbeiter, die Bourgeoisie in ihrem Kampfe gegen die reaktionären Elemente zu unterstützen, so lange sie sich selbst treu bleibt.“

Auch dieser Satz zeigt die Unsinnigkeit der Kautskyschen Auslegung, Engels habe im ersten und zweiten Teil bloß persönlich und platonisch gesprochen, ohne jede Beziehung zur Arbeiterpartei.

c) Die Pariser Kommune

Wir haben schon oben bemerkt, daß für Marx und Engels nach der Junischlacht 1848 die Frage des Staates in Frankreich anders zu stellen war als in den übrigen Ländern des Kontinents und in gewissem Sinne auch in England. Waren hier im wesentlichen noch der feudale Grundadel im Besitz des Staatsapparates und die Bourgeoisie politisch in Opposition, so hatte in Frankreich in der zweiten Republik, die Bourgeoisie die Staatsmacht voll in die Hand genommen und das erste Mal in der Geschichte in einer dreitägigen erbitterten Straßenschlacht das Proletariat niedergeschlagen. Diese Tatsache konnte auch durch die Eroberung des Exekutivapparates des Staates durch Louis Bonaparte nicht ungeschehen gemacht werden. In seinem „18. Brumaire“ bezeichnet es Marx als das Ergebnis der französischen Revolution 1848, die Staatsgewalt in ihrer reinsten Form sich gegenübergestellt zu haben, um nun „alle ihre Kräfte der Zerstörung gegen sie zu konzentrieren“. Kurz: im Jahre 1848 war in Frankreich schon die Frage des Verhältnisses des Proletariats zum bürgerlichen Staate gestellt worden, auf die dann erst die Kommune die konkrete Antwort gegeben hat.

Damit aber war auch die Militärfrage in einem anderen Sinne zu stellen. In Frankreich handelte es sich nicht mehr um eine Demokratisierung der Armee in dem Sinne, wie sie Marx und Engels in Preußen 1865 und im Krimkrieg für England forderten. Es war nicht mehr eine Bourgeoisie im Kampfe gegen die Aristokratie vorwärts zu treiben, daher auch nicht mehr die Möglichkeit einer objektiv revolutionären Rolle des bestehenden Staates* und der bestehenden Armee gegeben (sei es durch Reformen im Kommandobestand, sei es durch teilweise Aktivisierung einzelner Truppenteile für die Revolution). Das hieß aber selbstverständlich nicht, daß Marx und Engels auf jede Forderung der Demokratisierung der Armee verzichteten. Im Gegenteil: in seinen Artikeln über den deutsch-französischen Krieg 1870/71 für die Londoner „Pall Mall-Gazette“ verlangt Engels ausdrücklich als Reform der Armee in Frankreich die zweijährige Dienstzeit. Aber diese „demokratische“ Forderung trägt einen ganz anderen Charakter, als die oben genannte Politik der Demokratisierung der Armee in Preußen. Sie ist nicht mehr die zentrale Parole in der Militärfrage, ihr Zweck ist bloß, die Arbeiterklasse im Gebrauche der Waffen zu üben. „Wie aber der Krieg immer ende, er hat das französische Proletariat in den Waffen geübt und das ist die beste Garantie der Zukunft“ — schreibt Marx am 13. Dezember 1870 an Kugelmann. Welcher Zukunft? Der eigenen Revolution des Proletariats, die momentan noch nicht möglich ist, aber schon auf der Tagesordnung steht, nicht mehr „der Zukunft“ einer bürgerlich-demokratischen Revolution.

Die Richtigkeit dieser Unterscheidung beweist die grundlegende Lehre, die Marx aus der Pariser Kommune für die Stellung des Proletariats zur Militärfrage zieht. Diese ist niedergelegt in der Adresse des Generalrats der

* Außer in ganz bestimmten historischen Fällen, wie z. B. nach der Niederlage des zweiten Kaiserreichs, im Kampfe gegen die „imperialistische“ Invasion Bismarcks. Damals hätte die Republik eine objektiv revolutionäre Rolle spielen können (das hat Engels ausdrücklich festgestellt), hat aber versagt und sich lieber mit der Niederschlagung des Proletariats beschäftigt, ähnlich wie ein halbes Jahrhundert später die deutsche Republik im Ruhrkrieg.

internationalen Arbeiterassoziation über den Bürgerkrieg in Frankreich. Marx schreibt hier:

„Paris hat sich in Waffen erhoben gegen den Versuch des Thiers und seiner Krautjunker, diese ihnen vom Kaiserreich überkommene alte Regierungsmacht wieder herzustellen und zu verewigen. Paris konnte nur Widerstand leisten, weil es infolge der Belagerung die Armeen losgeworden war, an deren Stelle es eine hauptsächlich aus Arbeitern bestehende Nationalgarde gesetzt hatte. Diese Tatsache galt es jetzt, in eine bleibende Einrichtung zu verwandeln. Das erste Dekret der Kommune war daher die Unterdrückung des stehenden Heeres und seine Ersetzung durch das bewaffnete Volk.“ (Ausgabe der „Aktion“, Seite 49.)

(Fortsetzung folgt)

ZURÜCK ZUM 4. AUGUST

Paul Levis Organ ist bekanntlich das Sammelbecken für alles das, was sich „links“ nennt in der deutschen Sozialdemokratie und was seinen Gehorsam und seine Loyalität gegenüber dem „Partei Vorstand“ in allen Fragen des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse mit linken Phrasen, die niemanden weh tun und die niemand ernst nimmt, verbindet.

Es gibt keine Frage, in der Paul Levi es nicht für notwendig hielt, die Sozialdemokratie zu kritisieren und seine Sonderstellung in der Sozialdemokratie zu betonen. Aus diesem Grunde hat auch wahrscheinlich diese kleine Broschüre* das Licht der Welt erblickt.

Was hat Paul Levi, „der wahre Erbe des Geistes Rosa Luxemburgs“, wie er sich gern zu nennen pflegt, als Kampfmittel gegen den Krieg vorzuschlagen?

Getreu seinem Prinzip: kritisiere den Partei Vorstand, aber hüte dich, etwas gegen ihn zu tun, sieht er seine erste Pflicht darin, eine „tief marxistische“ Darlegung seiner Auffassung von der Haltung des Proletariats zu Kriegen geben zu müssen. Wie könnte er das aber tun, ohne den Kommunisten eine weise Lehre zu geben? Darum sagt er am Beginn seiner Auseinandersetzung über den Pazifismus über die Kommunisten:

„Sie sehen, soweit sie überhaupt noch sehen, die zum Kriege treibenden Tendenzen des Kapitalismus und höhnen von diesem Standpunkt über alle dem zuwiderlaufenden Bestrebungen. . . . Sie sehen nicht die Dialektik der Entwicklung, die mit der kapitalistischen Tendenz zum Kriege gleichzeitig die proletarische Tendenz gegen den Krieg gebiert.“ (Seite 15.)

Jeder Kommunist nimmt gern Lehren an, selbst wenn sie aus dem Munde eines Paul Levi kommen. Diese Lehre, die er hier gibt, ist schwer für uns anzunehmen. Die Kommunisten sehen nämlich die kapitalistischen Tendenzen zum Kriege sehr zum Unterschied von Levis Parteigenossen, Hilferding, Deutsch, Paul Boncour, Macdonald und anderen, die im Kapitalismus von heute eine Tendenz zum Frieden sehen. Hingegen sollen die Kommunisten die proletarische Tendenz gegen den Krieg, die sich dialektisch aus der ersteren entwickelt, nicht sehen; etwa die Tendenz, die zum Ausdruck gebracht wird im Mobilisierungsplan von Paul Boncour, in der famosen Theorie über die Mitverantwortlichkeit der Sozialdemokratie von Julius Deutsch?

Die proletarische Tendenz gegen den Krieg ist vorhanden, ist aber wohl an wesentlich anderer Stelle zu suchen.

„Die Kommunisten“, sagt Levi weiter, „haben irgendwo läuten hören (!), daß mit dem Kapitalismus die Tendenz zum Kriege verbunden sei . . . Dies deuten sie nun so um: man muß den Kapitalismus von Krieg zu Krieg treiben. Jeder Versuch dieser Tendenz, dem Kapitalismus entgegenzutreten und entgegenzuwirken, ist ‚opportunistisch‘, ‚reformistisch‘, ‚pazifistisch‘.“

Herr Levi übertreibt etwas. Die proletarische Tendenz gegen den Krieg ist von den Kommunisten niemals als opportunistisch oder reformistisch bezeichnet worden. Die

* „Der Sozialismus ist der Friede; der Kapitalismus ist der Krieg.“ Ueber realistischen Pazifismus von Paul Levi; ohne Angabe des Erscheinungsjahres und des Verlags..

proletarische Tendenz gegen den Krieg, die zum Ausdruck kam in den Kämpfen im Ruhrgebiet, deren Loblied unfreiwillig der französische Innenminister Sarraut in seiner angst-erfüllten Rede im französischen Parlament gesungen hat, diese proletarische Tendenz gegen den Krieg ist niemals als reformistisch und pazifistisch bezeichnet worden.

Wenn Paul Levi im weiteren erklärt, daß die Theorie der Kommunisten wäre, man müsse den Kapitalismus fördern, um ihn auf diese Weise zu überwinden (dabei macht er Paul Lensch zum Theoretiker des Kommunismus), so lockt das jedem ernst Denkenden nur ein Lächeln ab. Mit dem „verzweifelten Mut des Renegaten“ (dieses Wort Rosa Luxemburgs ist geradezu auf Herrn Paul Levi gemünzt) versucht er, seine eigene Passivität dem Kriege gegenüber mit der unsinnigen Beschuldigung zu maskieren, daß die Kommunisten den Kapitalismus fördern. Sind Cachin und die andern Führer der Kommunistischen Partei Frankreichs wegen „Förderung des Kapitalismus“ ins Gefängnis geraten? Verfolgt man die Kommunisten aller anderen Länder, Italiens, Polens, ja selbst des so ruhigen und friedlichen Norwegen, weil sie den Kapitalismus fördern? Zu dieser Verdrehung konnte sich nicht einmal ein rechter Sozialdemokrat, sondern eben nur eine Paul Levi aufschwingen.

Was hat aber dieser kühne Recke im Kampfe gegen den Kapitalismus vorzuschlagen im Kampfe gegen den Krieg?

Er knüpft an die „langen antikriegerischen Traditionen des Sozialismus“ an. Er schlägt sich an die Brust und erklärt:

„Wir haben uns nie damit abgefunden, als diese Tradition zu Beginn des Weltkrieges verlassen wurde. (Aber katzbuckeln heute vor Wels und Noske.) . . . Man mag uns also in diesem Sinne Pazifisten heißen: jawohl, wir sind gegen den Krieg.“

Natürlich will aber Levi kein bürgerlicher Pazifist sein, und aus diesem Grunde erklärt er, was ihn vom bürgerlichen Pazifismus trennt. Dies ist: 1. die ideologische Wurzel des Pazifismus; 2. sein Suchen nach einem „vernünftigen“ System und 3. seine Annahme, daß es Rechtsformen gebe, die völlig unabhängig von ihrem sozialen Inhalt sind.

Ausgehend von jenem prinzipienlosen Relativismus, mit dem die neueren Theoretiker der linken Sozialdemokratie auch jede Schweinerei zu rechtfertigen wissen, meint er z. B., daß es falsch sei, „Begriffe, wie Völkerbund, Abrüstung usw. einfach als pazifistischen Schwindel abzutun“. Es gäbe, meint er, auch eine proletarische Völkerbundspolitik, deren Schwerpunkt in der Internationale liegt.

Wenn man also schon den Völkerbund kritisiert, so muß man diese bittere Pille dadurch versüßen, daß man mit dem Worte Völkerbund, dem Inbegriff allen kapitalistischen Betrug, das Wort Internationale verbindet, das wohl für die meisten Proletarier einen tieferen Sinn hat.

Was sind nun die Aufgaben, die der Hüter der Traditionen des Proletariats zum Kampfe gegen den Krieg stellt. „Immer wieder an das gemeinschaftliche proletarische Interesse in allen Ländern appellieren.“ Dies ist der „einzige Weg, der zum Ziele führt“.

Wenn wir uns recht erinnern, so kannte der Spartakusbund, eine Organisation, zu der Paul Levi einmal in gewissen Beziehungen gestanden hat, außer diesem Appellieren noch ein anderes Mittel im Kampfe gegen den Krieg: die Arbeit in der Armee.

Heute ist die Arbeit in der Armee, wie Levi in seiner Broschüre auseinandersetzt, „überflüssig“, da die Armeen sehr klein geworden sind und man nicht mehr die Verhältnisse hat, wie in der Zeit des Krieges, wo eine Arbeit in der Armee notwendig war. Heute liegt das Schwergewicht des Krieges in der Arbeiterschaft in den Betrieben, und unter diesen sei die Arbeit gegen den Krieg zu leisten.

Mit einer höflichen Verbeugung gegen die Reichswehr des Herrn Geßler erklärt Paul Levi, daß er nicht daran denke, irgend jemanden zu raten, Agitation in der Reichswehr zu betreiben. Mit Ueberlegenheit blickt er auf diese Arbeit der Kommunisten herab.

Heute, meint Paul Levi, sind andere Zeiten. „Neben dem Feldherrn tritt im kommenden Krieg als selbständiger Faktor der Politiker. Damit sind aber namentlich die sozialistischen Parteien zu einem wesentlichen Faktor der Kriegsführung geworden.“

Das scheint uns nichts Neues zu sein, denn wir erinnern uns sehr gut an ein Bild während des Krieges, das den Politiker neben dem Feldherrn darstellte, eine Photographie von Ebert, Scheidemann, Schulter an Schulter mit Hindenburg.

Unter dem Eindruck dieses Bildes schrieb Levi offenbar auch die folgenden Zeilen nieder:

„Nur die großen Arbeiterparteien können den Generalen den Glauben der Massen, das Vertrauen, liefern. . . . Das kann von niemanden ersetzt werden.“ (Seite 23.)

Das haben ohne Zweifel die Führer der deutschen Sozialdemokratie und ihre Freunde in den anderen Ländern zu Beginn des Krieges im Jahre 1914 sehr wohl getan. Levi meint, daß an dem Tage, an dem die Massen sich gegen den Krieg wenden, die Kriegsmaschine stillsteht. Die Massen seien ja selbst ein kriegführender Faktor geworden.

Es klingt überzeugend, was Levi da sagt. Der Arbeiter im Betrieb spielt im kommenden Kriege die entscheidende Rolle, infolgedessen genügt ein Wort des „politischen Faktors“ der großen Arbeiterparteien, um dem Krieg ein Ende zu gebieten. Levi „vergißt“ aber dabei vollkommen die Rüstungsmaßnahmen der Bourgeoisie, Unterdrückung oder Verstaatlichung der Arbeiterorganisationen, das englische Gewerkschaftsgesetz, den Terror in Italien usw. Wir haben also schon aus diesem Grunde allein nicht die geringste Ursache, anzunehmen, daß die Verhinderung des Krieges eine so leichte Sache sei. Doch überdies sollte der linke Kritiker Levi wissen, wo die „großen Arbeiterparteien“, die sozialdemokratischen Parteien, heute stehen.

Die deutsche Sozialdemokratie nahm schon vor dem Kriege denselben Standpunkt ein, den Scheidemann während des Krieges bezog.

Die englischen Arbeiterführer verrieten das Proletariat Rußlands und Chinas, wie ihr eigenes im Generalstreik.

In Frankreich bahnt Paul Boncour der Bourgeoisie den Weg zu neuen Kriegen.

In Italien ist D'Aragona zu den Faschisten übergegangen.

In Polen steht die Sozialdemokratie auf der Seite von Pilsudskis blutigem Terror.

Ist das die Wahrung der „antikrieglerischen Traditionen des Sozialismus“?

Und die zahllosen Kommunisten, die in allen Ländern im Gefängnis sitzen, sollen nicht den Sozialismus verteidigt haben? Für ein einziges Flugblatt in einem so weit von den Erschütterungen der revolutionären Bewegung abgelegenen Lande, wie Norwegen, fliegen ein halbes Dutzend Kommunisten ins Gefängnis. Wie wird da der Imperialismus erst im Falle eines Krieges unter den Kriegsgegnern aufräumen.

Die alte Losung, die er zum Titel seiner Broschüre gewählt hat, ist heute noch richtig — nur eines hat sich geändert: die Sozialdemokratie von heute ist nicht die Partei des Sozialismus, des Friedens, sie ist die Partei des Kapitalismus, des Krieges.

Levi versucht, die Illusion in der Arbeiterklasse zu erwecken, daß eine einzige Willensäußerung der Sozialdemokratie den Krieg zu Ende bringen könnte. Damit spielt er, der „Linke“, den Severings, Noskes und allen anderen Verrätern in die Hände, die er stets so „scharf“ kritisiert.